

Nr. 30

Rainer Baumann, Volker Rittberger, Wolfgang Wagner

Macht und Machtpolitik:

**Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche
Außenpolitik nach der Vereinigung**

Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung, des Instituts für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Adresse: Melanchthonstr. 36, D-72074 Tübingen

Telefon: ++49 (0)7071 29-78372

Fax: ++49 (0)7071 29-2417

WWW Homepage: <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/ab2menu.htm>

© Copyright: R. Baumann, V. Rittberger, W. Wagner

Tübingen 1998

ISBN 3-927604-24-0

Redaktion: Valerie Blass, Peter Mayer

WWW-Redaktion: Jürgen Plieninger, Dirk Peters (Tabellen)

[Informationen zum Bezug der gedruckten Ausgabe dieses Textes](#)

Inhaltsverzeichnis

[1. Summary](#)

[2. Einleitung](#)

[3. Die Handlungsdisposition von Staaten in der neorealistischen Außenpolitiktheorie](#)

[3.1. Die Rationalitätsannahme](#)

[3.2 Sicherheit, Macht, Autonomie und Einfluß als grundlegende staatliche Ziele](#)

[4. Die Machtposition eines Staates als unabhängige Variable](#)

[4.1. Machtressourcen](#)

[4.2. Polarität des internationalen Systems](#)

[5. Die Formen von Machtpolitik: Abwehr- und Einflußpolitik](#)

[6. Das Verhältnis von Autonomie- und Einflußstreben: traditioneller und modifizierter Neorealismus](#)

[6.1. Formen von Autonomie und Einfluß](#)

[6.2. Autonomie- und einflußmaximierende Verhaltensoptionen](#)

[6.3. Die Gewichtung von Autonomie- und Einflußgewinnen in der neorealistischen Außenpolitiktheorie](#)

[7. Traditioneller und modifizierter Neorealismus: Prognosen für die deutsche Außenpolitik](#)

[7.1. Die Entwicklung der deutschen Machtposition](#)

[7.2. Allgemeine neorealistische Prognosen für die deutsche Außenpolitik](#)

[Literatur](#)

[Anhang: Tabellen und Abbildungen](#)

[Fußnoten](#)

1. Summary

Though foreign policy analysis is common in neorealist writings, an elaborated neorealist theory of foreign policy remains to be (re-)constructed. This endeavor begins with the assumption that states are instrumentally rational unitary actors. Acting within the anarchic international system, states, above all, have to secure their own survival and will therefore aim at keeping and extending their autonomy and their influence. The foreign policy behavior of a particular state depends on its power position in the international system, i.e. its share in certain capabilities such as GDP, military forces, territory and population. The more powerful a state, the more autonomy for itself and the more influence over other states or collective decision-making it strives for.

In cases where gains in autonomy and gains in influence are at odds (e.g. with respect to policy towards and within international institutions) neorealists themselves disagree on the behavior to be expected. According to traditional neorealism, states act on the basis of worst-case-scenarios because the likelihood of war is always present. Thus, states will always privilege autonomy over influence. Modified neorealists, however, incorporate variable security pressures on states into their model. The lower the security pressures a state is exposed to, the more willing it will be to sacrifice some autonomy in order to gain influence.

Due to the end of bipolarity and German unification Germany's power position has moderately improved. At the same time, the security pressures on Germany have

significantly decreased. Thus, the two strands in contemporary neorealism derive different expectations about German foreign policy after unification. Traditional neorealism predicts a moderate increase in autonomy-seeking policies. Influence-seeking behavior is only expected whenever losses in autonomy are insignificant. Modified neorealists agree that Germany will, in general, aim at extending its autonomy and influence. When Germany has to make a trade-off between autonomy and influence, however, influence-seeking will be its priority.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

2. Einleitung

[\(Fußnote 1\)](#)

Der Neorealismus ist nicht als Theorie, sondern als Denkschule anzusehen, deren wichtigste Komponente die Waltzsche Theorie der internationalen Politik (Waltz 1979) ausmacht, zu der aber auch andere Arbeiten zu zählen sind, die staatliches Verhalten und die Interaktion von Staaten auf ein anarchisches und von einer bestimmten Verteilung der Machtressourcen geprägtes Staatensystem zurückführen.

Obwohl Neorealisten sehr häufig Außenpolitikanalyse betreiben, liegt eine ausformulierte neorealistische Außenpolitiktheorie nicht vor. Die Theorie von Waltz ist eine Theorie der internationalen Politik und keine Außenpolitiktheorie, da ihre abhängige Variable nicht das Verhalten einzelner Staaten ist, sondern Eigenschaften verschiedener internationaler Systeme, wie deren Stabilität oder Konflikthanfälligkeit. Waltz hält seine Theorie als Außenpolitiktheorie für ungeeignet (Waltz 1996), obwohl er unterstreicht, daß die Struktur des internationalen Systems Staaten zu einem bestimmten, machtpolitischen Verhalten anhält (Waltz 1993: 61-70). Dagegen hat Colin Elman ausführlich dargelegt, daß keines der Argumente, die Neorealisten für die Unmöglichkeit einer neorealistischen Außenpolitiktheorie anführen, überzeugen kann und daß der Formulierung einer neorealistischen Außenpolitiktheorie somit nichts im Weg steht (Elman 1996a; dazu ferner Waltz 1996 und Elman 1996b). Will man jedoch über Einzelfall-Erklärungen hinauskommen, bei denen für die Erklärung wichtige Variablen teilweise erst ex-post spezifiziert werden ([Fußnote 2](#)), und zu theoretisch begründeten und empirisch testbaren Prognosen gelangen, muß neorealistische Außenpolitiktheorie nicht nur rekonstruiert, sondern teilweise erst noch konstruiert werden.

Die Formulierung einer neorealistischen Außenpolitiktheorie erfordert, die systemische Variable "internationale Machtverteilung" in die einen bestimmten Staat betreffende positionale Variable "relative Machtposition" zu transformieren (vgl. Kittel et al. 1995: 75f.). Vor allem aber muß gezeigt werden, in welcher Weise die relative Machtposition eines Staates dessen außenpolitisches Verhalten bestimmt. Dafür muß die für jede Außenpolitiktheorie grundlegende Annahme einer bestimmten Akteursdisposition expliziert werden (Abschnitt 3). In der neorealistischen Außenpolitiktheorie besitzt die Annahme, daß Staaten rational auf die Anreize und Zwänge des internationalen Systems reagieren, einen zentralen Stellenwert. Sie bildet gewissermaßen das Scharnier zwischen der Theorie der internationalen Politik und der Außenpolitiktheorie (3.1.). Darüber hinaus formulieren Neorealisten Annahmen über die Nutzenfunktionen von Staaten, das heißt über ihre grundlegenden Interessen. Um zu einer testbaren neorealistischen Außenpolitiktheorie zu gelangen, muß das Verhältnis zwischen den von Neorealisten angenommenen grundlegenden Interessen an Sicherheit, Macht, Autonomie und Einfluß diskutiert werden (3.2.). Das vom Neorealismus postulierte Außenverhalten von Staaten hängt von deren (Macht-)Position im internationalen System ab, die somit die unabhängige Variable darstellt (4.). Die Machtposition eines Staates ergibt sich aus seinem Anteil an bestimmten, im internationalen System verfügbaren Ressourcen (4.1.) und der Anzahl der Pole des internationalen Systems (4.2.). Bei der abhängigen Variable "außenpolitisches Verhalten" können Abwehr- und Einflußpolitik als zwei grundlegende Formen von Machtpolitik unterschieden werden (5.). Um neorealistische Prognosen formulieren zu können, müssen Autonomie- und Einflußgewinne oder -verluste gegeneinander gewichtet werden (6.), wofür zunächst verschiedene Arten von Autonomie und von Einfluß (6.1.) und anschließend autonomie- und einflußmaximierende Verhaltensoptionen diskutiert werden (6.2.). Die Gewichtung kann jedoch nur aus theoretischer Perspektive erfolgen. Gerade in jüngster Zeit hat es innerhalb der neorealistischen Denkschule eine Debatte über die Gewichtung von Autonomie- und Einflußgewinnen gegeben, wobei sich konkurrierende, gleichermaßen neorealistische Auffassungen herausgebildet haben. Wir versuchen, dieser Entwicklung innerhalb des Neorealismus bei der (Re-)Konstruktion einer neorealistischen Außenpolitiktheorie gerecht zu werden, und unterscheiden einen traditionellen Neorealismus von einem modifizierten Neorealismus (6.3.). Bevor die Prognosen über die deutsche Außenpolitik formuliert werden können (7.2.), muß die Machtposition Deutschlands bestimmt werden (7.1.).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

3. Die Handlungsdisposition von Staaten in der neorealistischen Außenpolitiktheorie

3.1. Die Rationalitätsannahme

Für den Neorealismus ist das außenpolitische Verhalten eines Staates wesentlich durch seine Machtposition im internationalen System bestimmt (vgl. Waltz 1993: 45). Allerdings muß für eine neorealistische Außenpolitiktheorie zunächst angegeben werden, warum Staaten ihr außenpolitisches Handeln an den systemischen Rahmenbedingungen ausrichten. Das heißt, ein Zusammenhang zwischen 'Machtposition' und 'Außenpolitik' kann nur mithilfe einer Spezifikation der staatlichen Handlungsdisposition hergestellt werden.

Der Neorealismus arbeitet hier mit einer Rationalitätsannahme.[\(Fußnote 3\)](#) Danach treffen Staaten ihre Entscheidungen auf der Basis von Kosten-Nutzen- Kalkülen. Die Strukturbedingungen des internationalen Systems schaffen bestimmte Beschränkungen und Anreize, die Staaten bei der Verfolgung ihrer Ziele berücksichtigen. Einige Neorealisten räumen zwar ein, daß Staaten gelegentlich gegen diese 'Systemlogik' verstoßen, etwa indem ein Staat versäumt, sich gegen mächtige Staaten zu schützen. Sie betonen aber, daß ein solches Verhalten schnell negative Konsequenzen für den Staat haben wird, im Extremfall seinen eigenen Untergang (vgl. Layne 1993: 9f.). Da die Staaten sich dieser Gefahr bewußt sind und an ihrem eigenen Überleben interessiert sind, werden sie sich in der Regel entsprechend den Strukturbedingungen des internationalen Systems verhalten: "The situation provides enough incentive to cause most of the actors to behave sensibly. Actors become 'sensitive to costs' (...), which for convenience can be called an assumption of rationality" (Waltz 1986: 331). In der neorealistischen Theorie der internationalen Politik kann mit der unterspezifizierten Prämisse, die meisten Staaten verhielten sich meistens rational, gearbeitet werden, da die prognostizierten Interaktionsmuster von einzelnen "Ausreißern" staatlichen Verhaltens nicht tangiert werden. Für eine neorealistische Theorie der Außenpolitik jedoch ist eine eindeutigere Annahme über die staatliche Handlungsdisposition unerläßlich. Besonders für sie ist die Rationalitätsannahme das entscheidende Bindeglied zwischen Systemstruktur und Akteurshandeln (vgl. Keohane 1986: 167). Um über das konkrete Verhalten einzelner Staaten Aussagen machen zu können, müssen jedoch zusätzlich die Nutzenfunktionen der Staaten näher bestimmt werden.

3.2. Sicherheit, Macht, Autonomie und Einfluß als grundlegende staatliche Ziele

Staaten können in ihrer Außenpolitik äußerst verschiedene und vielfältige Ziele verfolgen. Im anarchischen internationalen System müssen allerdings alle Staaten zunächst ihr eigenes Überleben, d.h. ihre Sicherheit gewährleisten. Die Verfolgung der vielfältigen, politikfeldspezifischen Ziele ist nur auf der Grundlage gewährleisteter Sicherheit möglich. Darüber hinaus führt die anarchische Struktur des internationalen Systems dazu, daß Staaten ihre verschiedenen Ziele umso erfolgreicher verfolgen können, je größer ihre Macht im Vergleich zu der anderer Staaten ist. In der Außenpolitiktheorie des Neorealismus spielt das Strukturmerkmal 'Anarchie' also eine herausgehobene Rolle, weil es allen Staaten zwei grundlegende Interessen ihrer Außenpolitik vorgibt: das Interesse an ihrer Sicherheit und das Interesse an möglichst großer Macht (vgl. Gilpin 1986: 304f.; Mearsheimer 1995: 11; Schweller 1996: 106-08; Spirtas 1996: 387- 89; 395).[\(Fußnote 4\)](#) Wesentliche Voraussetzung der Formulierung einer neorealistischen Außenpolitiktheorie ist, diese Termini zu explizieren und zu klären, in welchem Zusammenhang sie aus neorealistischer Sicht stehen.

Sicherheit bedeutet "the ability of states and societies to maintain their independent identity and their functional integrity" (Buzan 1991: 18f.). Aus der Sicht des Neorealismus kann es für Staaten im anarchischen internationalen System vollkommene Sicherheit niemals geben. Unter der Bedingung einer ständigen Knappheit dieses Gutes werden sie stets nach Erhalt und Erhöhung ihrer eigenen Sicherheit streben. Das Sicherheitsinteresse ist für jeden Staat ein sehr grundlegendes Interesse, das sein Verhalten nachhaltig bestimmt.[\(Fußnote 5\)](#)

Im Neorealismus wird Sicherheit häufig einfach mit Unabhängigkeit oder Autonomie gleichgesetzt. Mit 'Autonomie' ist die nicht nur formale, sondern auch faktische Unabhängigkeit von anderen Akteuren gemeint. Ein Staat ist um so autonomer, je weniger seine Handlungsfähigkeit von anderen Staaten und internationalen Organisationen beschränkt wird. Nach neorealistischer Auffassung ist das Streben nach Autonomie eine Folge der anarchischen Struktur des internationalen Systems. Denn das Fehlen einer übergeordneten Streitschlichtungsinstanz mit Sanktionsgewalt führt dazu, daß Staaten auf Selbsthilfe angewiesen bleiben. Um erfolgreich Selbsthilfe-Strategien verfolgen zu können, müssen Staaten ihre Autonomie sichern (vgl. Mearsheimer 1995; Grieco 1995: 27). Je geringer die Kontrolle anderer Staaten über einen Staat ist, und das heißt, je größer seine Autonomie ist, desto sicherer ist dieser Staat. Dabei wird der Staat in einem Selbsthilfe-System vor allem in jenen Politikbereichen nach Autonomie streben, in denen seine Sicherheit am ehesten bedroht ist.

Obwohl 'Sicherheit' und 'Autonomie' somit eng miteinander verbunden sind, müssen beide Konzepte analytisch voneinander getrennt bleiben. Die Trennung ist wichtig, da auch andere, mit dem Gut 'Autonomie' konkurrierende Güter dem Schutz der eigenen Sicherheit dienen können. 'Einfluß' ist ein solches Gut, das von Neorealisten häufig genannt wird. Dies wird damit begründet, daß jeder Staat seine Sicherheitsinteressen in einer kompetitiven und potentiell feindseligen Umwelt verfolgen müsse. Da es andere Staaten sind, die die Sicherheit des Staates gefährden, wird er bestrebt sein, möglichst viel Einfluß auf diese Umwelt zu gewinnen (vgl. Gilpin 1981: 94f.).

Der Begriff der Macht hat im Neorealismus zentrale Bedeutung. Die neorealistische Verwendung des Begriffes 'Macht' ist allerdings häufig inkonsistent. Mit Machtstreben wird sowohl Erhalt oder Ausbau der eigenen Machtposition im internationalen System bezeichnet als auch die Kontrolle über andere Staaten sowie über Interaktionsergebnisse der internationalen Politik. Während bei der Bestimmung der Machtposition eines Staates 'Macht' im Sinne von *control over resources* konzeptualisiert wird, wird der Begriff dann, wenn es um das Machtstreben von Staaten geht, oft auch im Sinne von *control over actors* und *control over outcomes* verwendet. (Fußnote 6) An dieser Stelle sollte begrifflich trennschärfer gearbeitet werden, indem 'Macht' von 'Einfluß' unterschieden wird. 'Macht' ist die Fähigkeit, seine Interessen im internationalen System durchzusetzen. Sie beruht nach neorealistischer Auffassung auf dem Besitz von dazu geeigneten Mitteln bzw. Ressourcen (*capabilities*). Die Macht eines Staates ergibt sich aus dem Verhältnis seiner eigenen Ressourcen zu den Ressourcen der anderen Staaten. 'Einfluß' hingegen ist das Maß der Kontrolle über die eigene Umwelt. Ohne diese begriffliche Trennung wären Widersprüche unvermeidlich, und es bliebe unklar, ob mit 'Machtstreben' das Streben nach zusätzlichen Machtressourcen gemeint ist oder das Verfolgen expansiver Ziele infolge gestiegener Machtressourcen (vgl. Zakaria 1992: 194). Waltz z.B. betont einerseits, Macht ermögliche einem Staat die Sicherung der eigenen Unabhängigkeit und eine größere Marge an Sicherheit gegenüber anderen Staaten (Waltz 1979: 194), und andererseits, daß Staaten erst dann nach Macht strebten, wenn ein grundlegendes Maß an Sicherheit für sie gewährleistet ist (Waltz 1979: 126). Waltz nimmt also einmal an, daß Macht der eigenen Sicherheit diene (und Staaten als Sicherheitsmaximierer somit Machtmaximierer sind) und zum anderen, daß Macht und Sicherheit zwei konkurrierende Güter sind, zwischen denen es einen *trade-off* geben kann. Dies kommt daher, daß er 'power' einmal im Sinne von 'Macht' (*control over resources*) und einmal im Sinne von 'Einfluß' (*control over actors and outcomes*) verwendet.

Neorealisten gehen davon aus, daß Macht einem Staat die Mittel zur Sicherung und Ausweitung seiner Autonomie bereitstellt. Autonomie setzt mithin Macht voraus. Gleichzeitig folgt aus der neorealistischen Konzeptualisierung von 'Macht' im Sinne von *control over resources*, daß Macht selbst ein gewisses Maß an Autonomie bereits voraussetzt. Das Territorium eines Staates kann ihm beispielsweise nur insofern als Machtressource dienen, als er tatsächlich Hoheitsgewalt über dieses Territorium besitzt. Im Neorealismus ist Autonomie damit sowohl Voraussetzung wie Ergebnis von Macht, was auf eine gewisse Zirkularität der Argumentation hindeutet. Ein solcher Zirkel liegt jedoch nur in Ausnahmefällen vor, beispielsweise wenn ein Staat außenpolitisch das Ende eines Besatzungsstatuts anstrebt. Die damit gewonnene Autonomie verbessert seine Machtposition und gibt ihm vermehrte Möglichkeiten, nach weiterer Autonomie (im Sinne von Handlungsfreiheit) zu streben. In der Regel jedoch werden Gewinne an Autonomie (wie ein Austritt aus internationalen Organisationen) die Machtressourcen eines Staates kaum erhöhen und seine Machtposition damit nicht verbessern.

Während die Autonomie eines Staates aus neorealistischer Sicht ein Maß dafür ist, wie wenig andere Staaten (also seine Umwelt) Kontrolle über ihn ausüben können (Kontrolle über seine Handlungen, über seine Machtressourcen, über sein Territorium etc.), ist sein Einfluß ein Maß dafür, wie stark er selbst auf seine Umwelt, insbesondere auf das Verhalten anderer Staaten einwirken kann. Diese Einwirkung schließt die Mitsprache bei Kollektiventscheidungen ebenso ein wie die Möglichkeit, die Außenpolitik eines anderen Staates im eigenen Sinne zu beeinflussen.

Aus der Sicht des Neorealismus hängt Einflußstreben nicht so unmittelbar mit dem Sicherheitsinteresse zusammen wie Autonomiestreben, aber es ist in indirekter Weise ebenfalls mit dem Sicherheitsinteresse verbunden:

"[A] state is compelled within the anarchic and competitive conditions of international relations to (...) attempt to extend its control over the international system. If the state fails to make this attempt, it risks the possibility that other states will increase their relative power positions and will thereby place its existence or vital interests in jeopardy" (Gilpin 1981: 86).

Ein Staat hat also ein Interesse daran, die Entscheidungen anderer Staaten oder Kollektiventscheidungen innerhalb internationaler Institutionen in seinem Sinne zu beeinflussen, um zu verhindern, daß solche Entscheidungen im Sinne von anderen Staaten, die ihn bedrohen können, getroffen werden und so seinen Sicherheitsinteressen zuwiderlaufen. Insoweit Einflußstreben also auf das staatliche Sicherheitsinteresse zurückgeht, wird ein Staat vor allem in Politikbereichen nach Einfluß streben, in denen seine politisch, ökonomisch und militärstrategisch begründete Machtposition und somit seine Sicherheit berührt ist. Auch diejenigen Interessen, die keine unmittelbaren Auswirkungen auf seine Sicherheit haben ([Fußnote 7](#)), muß ein Staat in einem kompetitiven internationalen System durchsetzen. Je größer der Einfluß des Staates auf seine Umwelt ist, desto wirkungsvoller kann er auch seine Nicht-Sicherheits-Interessen verfolgen. Jeder Staat hat daher auch über sein Sicherheitsstreben hinaus ein Interesse, seine Machtressourcen in Einfluß zu transformieren.

Da der Staat Autonomie und Einfluß zum Schutz seiner Sicherheit benötigt, wird er nach ihnen streben. Dabei kann er umso mehr Autonomie und Einfluß erreichen, je stärker seine Machtposition ist. Innerhalb des Neorealismus werden hier zwei Denkrichtungen unterschieden. Sie werden allgemein als offensiver (bei einigen Autoren auch: aggressiver) und als defensiver Neorealismus bezeichnet. Für offensive Neorealisten müssen alle Staaten aufgrund des kompetitiven Charakters des anarchischen internationalen Systems nach soviel Macht streben wie möglich (Mearsheimer 1995: 11f.). Für defensive Neorealisten hingegen folgt dies nicht zwingend aus den neorealistischen Grundannahmen. Hier können wiederum zwei Positionen unterschieden werden. Konsequente defensive Neorealisten betonen, daß sich aus diesen Grundannahmen nur ableiten läßt, daß Staaten nach Sicherung ihrer Machtposition im internationalen System streben. Ein auf Machtvergrößerung zielendes Verhalten muß dann mit anderen, subsystemischen Variablen erklärt werden (Snyder 1991: 10-13; vgl. die Kritik bei Zakaria 1992: 190-96). Die meisten defensiven Neorealisten nehmen hingegen eine andere, weniger eindeutige Position ein. Danach streben alle Staaten zumindest nach Erhalt ihrer Machtposition im System, während einige von ihnen darüber hinaus auch offensiv- expansive Ziele verfolgen (Waltz 1979; Gilpin 1981: 87-88; Grieco 1988a, Schweller 1996). ([Fußnote 8](#)) Diese Autoren lassen hier also eine gewisse Varianz in der Handlungsdisposition von Staaten zu. Die Strukturbedingungen des internationalen Systems machen es für einen Staat erforderlich, zumindest ein defensiver Positionalist zu sein, aber sie schaffen auch Anreize für eine offensiv-positionalistische Orientierung. Das Verhalten von Staaten ist davon bestimmt, ob sie revisionistische Ziele verfolgen oder status quo-orientiert sind.

In bezug auf staatliches Machtstreben im anarchischen internationalen System können wir also drei sich auf den Neorealismus beziehende Positionen unterscheiden:

- i. Die Struktur des internationalen Systems zwingt alle Staaten, nach möglichst viel Macht zu streben.
- ii. Aus der Struktur des internationalen Systems folgt, daß alle Staaten ihre Machtposition erhalten wollen und zumindest einige Staaten nach mehr Macht streben.
- iii. Aufgrund der Struktur der internationalen Systems wollen alle Staaten lediglich ihre Machtposition erhalten.

Wählt man die dritte, die 'defensivste' Variante, so erhält man entweder eine Theorie, bei der nicht Anarchie und Machtverteilung, sondern andere Faktoren staatliche Aggression und die gewaltsame Austragung internationaler Konflikte erklären (z.B. durchsetzungsfähige gesellschaftliche Gruppen, die sich von Expansion Gewinne versprechen), oder man erhält eine Theorie, nach der das Sicherheitsdilemma (vgl. Herz 1951: 14) und die stete Kriegsgefahr im internationalen System entfallen, da alle Staaten mit ihrer gegenwärtigen Position im System zufrieden sind und sich nicht vor Expansionsgelüsten anderer Staaten fürchten müssen (vgl. die Kritik bei Schweller 1996). ([Fußnote 9](#)) In beiden Fällen hat man den Boden des Neorealismus weitgehend verlassen. Defensiver Neorealisten wählen, auch deshalb, meist die zweite angesprochene Variante. Die Handlungsdisposition der Staaten bleibt dabei unterspezifiziert: Im internationalen System besteht stets die Möglichkeit, daß einige Staaten ihre Macht maximieren wollen, doch ob ein bestimmter Staat nur seine Machtposition erhalten oder ob er diese verbessern möchte, kann nicht ex ante spezifiziert werden. Für eine Theorie internationaler Politik ist dies hinnehmbar, nicht jedoch für eine Außenpolitiktheorie. Für eine solche muß für einen gegebenen Staat, ausgehend von den Prämissen der Theorie klar angebbbar sein, ob er nach Erhalt oder Ausbau seiner Machtposition strebt. ([Fußnote 10](#))

Für die Formulierung einer neorealistischen Außenpolitiktheorie empfiehlt sich daher die Annahme, daß alle Staaten im internationalen System ein Interesse an möglichst viel Macht haben. Dies ist nicht nur die forschungspraktisch geeignetste, sondern darüber hinaus die plausibelste Annahme einer neorealistischen Außenpolitiktheorie. Wenn ein Staat seine gegenwärtige Machtposition M^0 gegenüber einer schwächeren Machtposition M^{-1} bevorzugt, weil er so seine Sicherheits- und anderen Interessen besser durchsetzen kann, dann wird er auch M^{+1} gegenüber M^0 und M^{+2} gegenüber M^{+1} bevorzugen. ([Fußnote 11](#)) Es muß betont werden,

daß eine solche Annahme sich auf das grundlegende Interesse von Staaten an Machtmaximierung bezieht und nicht auf den Stil staatlichen Verhaltens. Diese Unterscheidung zu treffen, wird häufig versäumt. Die Annahme eines Interesses an möglichst viel Macht muß keineswegs die Erwartung aggressiven und expansiven Verhaltens nach sich ziehen.

Wir können bis jetzt als zentrale Aussagen einer neorealistischen Außenpolitiktheorie festhalten: Aus der von Anarchie und einer bestimmten Machtressourcenverteilung geprägten Struktur des internationalen Systems folgt, daß alle Staaten (als eigeninteressierte und zweckrationale Akteure) nach Sicherheit streben. Da ihre Sicherheit mit zunehmender Autonomie und zunehmendem Einfluß wächst, streben Staaten nach Autonomie und Einfluß. Diese bei allen Staaten gleiche Handlungsdisposition führt jedoch nicht bei allen Staaten zu einem gleichartigen Verhalten, da Staaten nur im Rahmen ihrer durch ihre Machtposition bestimmten Möglichkeiten eine auf Autonomie und Einfluß gerichtete Politik betreiben können. Je stärker die Machtposition eines Staates ist, desto mehr Autonomie und Einfluß wird er mit seiner Außenpolitik anstreben, das heißt desto mehr autonomie- und einflußmaximierende Politik (=Machtpolitik) wird er daher betreiben.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

4. Die Machtposition eines Staates als unabhängige Variable

In der neorealistischen Denkschule werden Interaktionsmuster der internationalen Politik auf die Struktur des internationalen Systems zurückgeführt. Das System hat drei Strukturmerkmale, von denen zwei (Anarchie, Staaten als Einheiten des Systems) konstant sind. Dem variablen dritten Merkmal, der Verteilung von Machtressourcen (*capabilities*) zwischen den Staaten, kommt bei der Erklärung der Varianz staatlicher Interaktionen besondere Bedeutung zu. Für die Erklärung des außenpolitischen Verhaltens eines Staates ist aus der internationalen Machtverteilung die relative Machtposition dieses Staates abzuleiten. Die relative Machtposition eines Staates ergibt sich aus der Polarität des Systems und aus dem Anteil an Machtressourcen, über die der Staat (in Relation zu denen der anderen Staaten) verfügt. Zusammen gesehen beeinflussen sie maßgeblich das außenpolitische Verhalten des Staates:

"The behavior of individual states, regardless of their domestic political characteristics, is constrained by their own capabilities and the distribution of power in the system as a whole (...). The external environment will inevitably pressure states to move toward congruity between commitments and capabilities" (Krasner 1993: 21).

4.1 Machtressourcen

Wesentlich für die Bestimmung der Machtposition eines Staates im internationalen System ist sein Anteil an jenen in diesem System vorhandenen Ressourcen, die zur Durchsetzung der eigenen Interessen im internationalen System notwendig sind. Macht basiert nach neorealistischer Auffassung auf der Verfügung über politische, ökonomische und militärische Mittel und Fähigkeiten, die die Durchsetzung der eigenen Interessen gegenüber anderen Akteuren ermöglichen. Dabei wird von einer hohen Fungibilität von Machtressourcen ausgegangen (Waltz 1979: 131; Waltz 1986: 333f.; Art 1996), so daß vom Besitz verschiedener Machtressourcen auf die allgemeine Macht eines Staates geschlossen werden kann. Macht ist nach neorealistischer Auffassung also ein allgemeines Potential, das sich in ganz unterschiedlichen Politikfeldern zur Verfolgung eigener Ziele einsetzen läßt.

Ogleich 'Macht' ein zentraler Stellenwert im Realismus zukommt, hat kein neorealistischer Autor hinreichend erläutert, was genau als maßgebende staatliche Machtressourcen zu betrachten sei und wie diese zu messen seien. Insgesamt geht der Neorealismus in der begrifflichen Strenge seines Umgangs mit dem Konzept der Machtressourcen nicht über den klassischen Realismus hinaus. Morgenthau (1948) sprach von acht zentralen Elementen nationaler Macht: Geographie, natürliche Ressourcen (Nahrungsmittel, Bodenschätze), industrielle Kapazität, militärische Bereitschaft (Technologie, Führungskraft, Quantität und Qualität der Streitkräfte), Bevölkerung, Nationalcharakter, (Arbeits- und Kampfes-)Moral der Nation (*national morale*), Qualität der Diplomatie. Waltz nennt sieben verschiedene Machtressourcen: Bevölkerung, Territorium, Ressourcenausstattung, Wirtschaftskraft, militärische Stärke, politische Stabilität, Kompetenz (Waltz 1979: 131). Explikationen und Operationalisierungen dieser Begriffe oder gar ihre Zusammenführung in einem kohärenten und konsistenten Konstrukt liefern weder er noch andere Neorealisten. Grieco (1990; 1995) bleibt jede Erläuterung schuldig ebenso wie Mearsheimer (1990; 1995), der gleichwohl die Bedeutung militärischer Machtmittel hervorhebt (Mearsheimer 1990: 6). Für Gilpin basiert Macht auf den militärischen, ökonomischen und technologischen Fähigkeiten eines

Staates (Gilpin 1981: 13). Er betont, es gebe noch weitere wichtige, doch nur schwer meßbare Faktoren, mit deren Hilfe politisches Geschehen beeinflußt werden kann, wie die (Arbeits- und Kampfes-)Moral der Bevölkerung (*public morale*) oder die Qualität der politischen Führung. Solche Faktoren faßt er unter den Begriff "Prestige" (Gilpin 1981: 13, 30). Waltz, der sowohl materielle als auch immaterielle, psychologische Faktoren unter seinen Machtbegriff subsumiert, schenkt bei dessen Anwendung freilich nur den ersteren Beachtung (vgl. Waltz 1986; 1991; 1993).

Eingehendere Überlegungen zu immateriellen Machtressourcen stellt Joseph Nye an, der, obschon kein Neorealismus im engeren Sinne, realistischer Denkweise nahesteht. Er unterscheidet command power (oder: *hard power*) von *co-optive power* (oder: *soft power*) (Nye 1990: 31f.). Erstere beruht auf den bekannten Machtressourcen wie Bevölkerung, Territorium, wirtschaftlicher und militärischer Stärke, während letztere auf Faktoren wie der Attraktivität der eigenen Ideen und der Fähigkeit des *agenda-setting* basiert. *Hard power* läßt sich zur Beeinflussung der Handlungen anderer einsetzen, während *soft power* auf ihre Präferenzen abzielt (Nye 1990: 267). Sie kann dazu eingesetzt werden zu beeinflussen, was andere denken und wollen. Hier wird ersichtlich, daß Nye mit seinem Konzept der *co-optive power* sich weit vom Realismus entfernt. Er bezieht Ideen und Ideologien, veränderbare Präferenzen und intersubjektiv geprägte Weltbilder mit ein, mithin Kategorien, deren Berücksichtigung die Neorealisten im allgemeinen dezidiert ablehnen. Es wäre daher problematisch, Aspekte solcher *soft power* heranzuziehen, um die Macht eines Staates aus neorealistischer Perspektive zu bestimmen.

Wir können also bei der (Re-)Konstruktion der neorealistischen Außenpolitiktheorie nicht auf einen von Neorealisten allgemein akzeptierten Kanon von Machtressourcen zurückgreifen. Unstrittig ist aber, daß der wirtschaftlichen und der militärischen Stärke eines Staates jeweils ein besonderer Stellenwert als Machtressource zukommt. Für die Messung der wirtschaftlichen Stärke werden meist das Bruttosozialprodukt, das Exportvolumen und die Währungsreserven herangezogen, während als Maß militärischer Stärke oft die Militärausgaben, die Truppenstärke und der Besitz atomarer Waffen gelten. Daneben sind aus neorealistischer Sicht auch Bevölkerung und Territorium Machtressourcen. Die Größe der Bevölkerung bestimmt, wie viele Personen als Arbeitskräfte und gegebenenfalls als Soldaten mobilisiert werden können. Die Größe und Lage des Territoriums bestimmt nicht nur die Schwierigkeit, mit der der eigene Staat erobert werden kann, sondern kann den eigenen Handlungsspielraum einschränken oder erweitern (z.B. indem Atomtests auf dem eigenen Territorium möglich sind).

Da 'Macht' ein relatives Konzept ist, muß für die Messung der Macht eines Staates stets das Verhältnis seiner Machtressourcen zu denen der anderen Staaten betrachtet werden.

4.2. Polarität des internationalen Systems

Die Polarität des internationalen Systems gilt den Neorealisten nicht nur als entscheidende Determinante der Stabilität oder Kriegsanfälligkeit des Systems (Waltz 1979: 134-38). Darüber hinaus schreiben ihr Neorealisten große Bedeutung für die Machtpositionen der verschiedenen Staaten zu. Die Polarität wird bestimmt durch die Zahl der (Macht-)Pole, d.h. der Großmächte im System. Neorealisten unterscheiden vor allem bi- und multipolare Systeme. (Fußnote 12) Kriterien dafür, wann ein Staat über genügend Machtressourcen verfügt, um als Pol im System zu gelten, werden nicht angegeben. Waltz begnügt sich mit der Behauptung, es sei meist unmittelbar einsichtig, wer die Großmächte im System sind (Waltz 1979: 131). Mearsheimer, der militärischen Machtressourcen ein besonders großes Gewicht zumißt, hält eine hinreichende Fähigkeit (wörtlich: "reasonable prospect"), sich selbständig gegen den führenden Staat im System zu verteidigen, für das notwendige und hinreichende Kriterium (Mearsheimer 1990: 7).

Die Polarität des internationalen Systems beeinflußt die Machtposition eines Staates, weil die Zahl der Großmächte den Handlungsspielraum aller Staaten im internationalen System bestimmt und damit auch, wie Staaten ihre Machtressourcen einsetzen können. Beispielsweise ist eine Erhöhung des eigenen Machtressourcenanteils im internationalen System unter den Bedingungen von Bipolarität für die meisten Staaten weniger folgenreich als bei Nicht-Bipolarität. Ein Staat, der in einem bipolaren System über einen bedeutsamen Machtressourcenanteil verfügt, gleichwohl aber deutlich hinter den beiden führenden Mächten zurückbleibt, wird wenig Aussichten haben, selbst zu einem Pol im System zu werden und somit sein Überleben eigenständig gewährleisten zu können. Seine Sicherheit bleibt deshalb vom Schutz durch die eine Großmacht vor der anderen abhängig. Dagegen besteht diese Abhängigkeit in einem multipolaren System weit weniger, und der Staat kann stärker eigenständig agieren. Beim Einsatz seiner Machtressourcen ist er nicht oder zumindest in geringerem Maße durch eine ihn schützende Großmacht beschränkt. Im Zuge der Auflösung eines bipolaren Systems verbessert sich die Machtposition eines solchen Staates daher selbst dann, wenn sich sein Anteil an den im internationalen System vorhandenen Machtressourcen nicht erhöht hat.

5. Die Formen von Machtpolitik: Abwehr- und Einflußpolitik

Nach der unabhängigen Variable 'Machtposition' wenden wir uns nun der abhängigen Variable der neorealistischen Außenpolitiktheorie zu. Wir wollen autonomiesmaximierende Politik als Abwehrpolitik und einflußmaximierende Politik als Einflußpolitik bezeichnen. Dies sind die zwei Formen von Machtpolitik, mit denen Staaten versuchen, ihre gegebene Machtposition in eine möglichst effektive Durchsetzung ihrer Interessen umzumünzen.

Abwehrpolitik dient der Bewahrung oder Stärkung der eigenen Unabhängigkeit von anderen Staaten, oder, umgekehrt ausgedrückt, der Abwehr neuer oder der Verminderung bestehender Abhängigkeiten von anderen Staaten. Ein Staat kann Abwehrpolitik in Handlungskontexten betreiben, in denen gegenüber anderen Staaten Autonomiegewinne möglich sind oder Autonomieverluste drohen. Internationale Institutionen sind in diesem Zusammenhang vor allem als Beschränkungen der staatlichen Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit von Bedeutung. Eine Reihe von Verhaltensweisen sind deshalb als Abwehrpolitik aufzufassen:

- die Nichteinhaltung oder die Auflösung bestehender Verpflichtungen aus bi- oder multilateralen internationalen Vereinbarungen;
- die Ablehnung neuer solcher Verpflichtungen;
- die Ablehnung der Übertragung nationaler materieller Ressourcen auf inter- oder supranationale Institutionen oder der Versuch der Rückgewinnung solcher Ressourcen;
- die Ablehnung der Übertragung nationaler Entscheidungskompetenzen auf inter- oder supranationale Institutionen oder der Versuch der Rückgewinnung solcher Kompetenzen;
- die Allianzbildung gegen einen bedrohlichen dritten Staat;
- die Ablehnung von Kooperation, die asymmetrische Interdependenz, d.h. Abhängigkeit zu eigenen Ungunsten schafft oder verstärkt.

Es ist zu beachten, daß es hier jeweils unterschiedlich starke Ausprägungen von Abwehrpolitik gibt. Die Aufzählung abwehrpolitischer Verhaltensweisen nennt jeweils nur deren idealtypische, stärkste Form. Die abhängige Variable kann prinzipiell alle Werte auf einem Kontinuum zwischen 'keine Abwehrpolitik' (was vom Neorealismus freilich nicht mehr prognostiziert werden könnte) bis zu 'starke Abwehrpolitik' annehmen. Beispielsweise sind zwischen der ausgeprägten Bereitschaft zur Integration in eine inter- oder supranationale Institution (= keine Abwehrpolitik) und der vollständigen Ablehnung einer solchen Integration (= starke Abwehrpolitik) meist Zwischenstufen mehr oder minder autonomieschonenden Verhaltens denkbar, die als mehr oder weniger starke Ausprägungen von Abwehrpolitik zu charakterisieren sind.

Auch die Bildung und Aufrechterhaltung einer Allianz gegen einen mächtigen dritten Staat kann eine Form von Abwehrpolitik sein. Dies erscheint zunächst kontra-intuitiv, da hier ein Fall zwischenstaatlicher Kooperation vorliegt. Aus neorealistischer Sicht dient Allianzbildung immer nur der Abwehr der Dominanz dieses dritten Staates, der die eigene Unabhängigkeit bedroht. Das heißt, daß nicht jede Form internationaler Kooperation als mit dem Neorealismus konforme Allianzpolitik angesehen werden kann, solange sich nur ein mächtiger dritter Staat ausmachen läßt, gegen den diese Kooperation sich richten könnte. (Fußnote 13)
Gemäß der neorealistischen Allianztheorie nehmen Staaten nur das für die Allianz notwendige Minimum an Autonomieverlusten hin, um den bei weitem größeren Autonomieverlust, der durch eine Dominanz durch den mächtigen dritten Staat sonst drohte, zu verhindern.

Selektive oder gar Nicht-Kooperation aufgrund der Besorgnis, von einem anderen Staat abhängig(er) zu werden, ist ebenfalls als Abwehrpolitik anzusehen. Hierzu zählt Nicht-Kooperation aufgrund von *relative-gains*-Überlegungen. Ein Staat wird vor allem relative Verluste gegenüber einem anderen Staat vermeiden wollen, um der Gefahr einer Autonomieeinbuße zu entgehen. In der neorealistischen Literatur über relative Gewinne wird stets ein enger Zusammenhang zwischen der Besorgnis wegen relativer Gewinne und Verluste und dem staatlichen Autonomiestreben gesehen. Die These lautet allerdings nicht, daß Staaten aufgrund ihrer Sorge um relative Gewinne und Verluste auf jede Kooperation verzichten. Trägt A aus der Kooperation mit B einen absoluten Gewinn davon, so kann A selbst bei einem relativen Verlust gegenüber B noch einen relativen Gewinn gegenüber den unbeteiligten dritten Parteien C, D und E erzielt haben (vgl. Milner 1992; Snidal 1991). Entscheidend ist für einen Staat also, wie bedeutsam für ihn machtpositionelle Überlegungen gegenüber einem bestimmten anderen Staat sind. In Griecos bekannter Nutzenfunktion wird dies durch den Faktor k, der Sensibilität für relative Gewinne und Verluste, angegeben (Grieco 1988b). Je höher ein Staat die Gefahr einschätzt,

daß der andere Staat durch seine relativen Gewinne aus der Kooperation mit ihm seine Autonomie qua wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer oder sonstiger Abhängigkeitsverhältnisse beschränken wird, desto größer wird der Wert sein, den k gegenüber diesem Staat annimmt.

Während Staaten mit Abwehrpolitik versuchen, sich dem Einfluß ihrer Umwelt zu entziehen, dient Einflußpolitik dazu, selbst Einfluß auf diese Umwelt auszuüben. Wenn Staaten Einflußpolitik betreiben, versuchen sie, bestimmte Interaktionsprozesse mit anderen Staaten und die daraus hervorgehenden Politikergebnisse in ihrem Sinne zu lenken, oder sie versuchen, ihre Mittel, die eine solche Beeinflussung ermöglichen, zu sichern und auszubauen. Bilaterale Einflußpolitik, d.h. der Versuch, Kontrolle über das Verhalten eines einzelnen anderen Staates zu erlangen, ist nur gegenüber schwächeren Staaten möglich. Zur Kontrolle ganzer internationaler Institutionen und der anderen in ihnen mitwirkenden Staaten bedarf es einer klaren Vormachtstellung. Gegenüber mächtigeren Staaten kann Einflußpolitik als Sicherung von Mitsprachemöglichkeiten in multilateralen Institutionen stattfinden (auch dazu bedarf es einer nicht völlig untergeordneten Machtposition (Grieco 1995: 34)). Institutionen können also als Arenen der Einflußpolitik dienen (vgl. Rittberger et al. 1997: 25-45). Allerdings gilt nicht der Umkehrschluß, daß jede Stärkung von Institutionen den eigenen Einfluß erhöht (vgl. unten). Als Einflußpolitik sind anzusehen:

- die Maximierung von Einflußmöglichkeiten in internationalen Organisationen durch die Erhöhung des eigenen Anteils an inner-organisatorischen Ressourcen (Personal, Stimmenanteile etc.);
- die Bevorzugung derjenigen multilateralen Institution (gegenüber anderen), die die größten Mitsprachemöglichkeiten eröffnet;
- die Sicherung von Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten über die Politik mächtiger Staaten und Staatengruppen;
- die Herstellung, Aufrechterhaltung oder Verstärkung von Abhängigkeiten schwächerer Staaten (d.h. des Einflusses auf diese Staaten).

Abwehrpolitik dient der Autonomiewahrung und -steigerung, während Einflußpolitik den Einfluß auf andere Staaten und innerhalb internationaler Institutionen sichert und ausbaut. Beide Formen von Machtpolitik werden sich bei einem Staat umso mehr beobachten lassen, je stärker dessen Machtposition ist. Ein Kleinstaat etwa ist nach neorealistischer Auffassung nicht in der Lage, erfolgreich eine starke Abwehr- oder Einflußpolitik zu betreiben (vgl. Waltz 1979: 194). Er hat keinesfalls ein geringeres Interesse an Autonomie und Einfluß als eine Großmacht, aber in viel geringerem Maße die Möglichkeit, tatsächlich Abwehr- und Einflußpolitik zu betreiben.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

6. Das Verhältnis von Autonomie- und Einflußstreben: traditioneller und modifizierter Neorealismus

Um neorealistische Hypothesen und Prognosen formulieren zu können, muß angegeben werden können, wann ein Staat Abwehrpolitik und wann er Einflußpolitik bevorzugen wird, beziehungsweise in welchem Verhältnis von Abwehr- und Einflußpolitik er Machtpolitik betreiben wird. Es bedarf daher einer Klärung, wie sich die beiden grundlegenden Verhaltensdispositionen, das Streben nach Autonomie und das Streben nach Einfluß, zueinander verhalten. Zunächst kann nicht davon ausgegangen werden, daß das Streben nach Autonomiegewinnen und das Streben nach Einflußgewinnen stets das gleiche außenpolitische Verhalten nahelegen und daß somit für alle außenpolitische Situationen eine eindeutige Verhaltenserwartung formuliert werden kann. Gleichzeitig muß auch nicht davon ausgegangen werden, daß Autonomie- und Einflußmaximierung in einem prinzipiellen Konflikt miteinander stehen, das heißt in allen außenpolitischen Situationen zu konkurrierenden Verhaltenserwartungen führen.

Um zu verhindern, daß verschiedenen Verhaltensweisen ad hoc entweder Autonomie- oder Einflußmaximierung zugrundegelegt wird, beziehungsweise um zu erreichen, daß auch angesichts von zwei unter Umständen konkurrierenden Verhaltensdispositionen die Bildung eindeutiger Prognosen möglich wird, sollen im folgenden die Bedingungen, unter denen Autonomie- oder Einflußmaximierung erwartet werden kann, möglichst genau bestimmt werden. Dazu muß zunächst präzisiert werden, was aus neorealistischer Perspektive unter Autonomie- oder Einflußgewinnen/-verlusten zu verstehen ist (6.1.). Nach einer solchen Aufstellung muß es in einem weiteren Schritt darum gehen, außenpolitische Verhaltensweisen in systematischer Form auf Autonomie- oder Einflußgewinne/-verluste hin zu überprüfen (6.2.). Dabei soll versucht werden, möglichst systematisch Typen von Verhaltensweisen zu identifizieren, damit bei der Fallstudienarbeit die zur Debatte stehenden Verhaltensoptionen entsprechenden Typen zugeordnet werden können und in einheitlicher Weise Autonomie- oder Einflußgewinne/-verluste bestimmt werden. Für die Prognosenbildung ist allerdings noch ein dritter Schritt notwendig. Erst eine Gewichtung verschiedener Formen von Autonomie- bzw.

Einflußgewinnen/-verlusten macht die Ableitung neorealistischer Verhaltenserwartungen möglich (6.3.). Wir werden dabei sehen, daß hier zwei Varianten neorealistischer Außenpolitiktheorie unterschieden werden müssen, die wir "traditioneller Neorealismus" und "modifizierter Neorealismus" nennen wollen.

6.1. Formen von Autonomie und Einfluß

Um zu einem möglichst präzisen Verständnis davon zu kommen, was aus neorealistischer Perspektive unter 'Autonomie' und 'Einfluß' zu verstehen ist, sollen im folgenden mögliche Formen von Autonomie und Einfluß vorgestellt werden. Besser als eine solche Aufzählung wäre zweifellos eine Deduktion möglicher Formen, die jedoch nicht vorgenommen werden kann, weil die neorealistische Theorie keine Kriterien für ein derartiges Vorgehen anbietet.

Wie aus der Aufzählung deutlich wird, verhalten sich Autonomie und Einfluß in einem bestimmten Sinn 'spiegelbildlich' zueinander, insofern der Einflußgewinn eines Akteurs einen Autonomieverlust eines anderen Akteurs impliziert. Unterschieden werden können dabei zwei Varianten: In einer streng spiegelbildlichen Beziehung mit nur zwei Akteuren A und B ist der Einflußgewinn von A der Autonomieverlust von B und umgekehrt. Da jedoch in der Regel Beziehungen zwischen einer Vielzahl von Akteuren zu berücksichtigen sind, liegt eine solche streng spiegelbildliche Beziehung eher selten vor. Häufiger sind Fälle, in denen z.B. zwei Staaten A und B gleichermaßen Autonomie verlieren, indem sie Handlungskompetenzen an eine internationale oder supranationale Organisation abgeben. So bedeutet eine Vereinbarung über die Stärkung des IGH oder der Europäischen Kommission einen Einflußgewinn dieser internationalen Agenturen und einen Autonomieverlust der beteiligten Staaten.

Autonomie kann in folgenden Formen vorliegen und von Staaten angestrebt werden:

- Freiheit von positiven Verpflichtungen zu angebbarem außenpolitischem Verhalten;
Verpflichtungen können sich beziehen auf
 - prozedurale Aspekte wie
 - die Verpflichtung, bestimmte andere Akteure zu konsultieren (z.B. im Rahmen der GASP) oder zu informieren;
 - die Verpflichtung, die Beschlüsse von internationalen Organisationen oder Organen zu akzeptieren und zu implementieren (z.B. Beschlüsse des EU-Ministerrates);
 - die Verpflichtung, die Urteile inter- oder supranationaler Gerichte zu akzeptieren und zu implementieren (z.B. des IGH, EuGH, EGMR);
 - materiale Aspekte, z.B. eine Verpflichtung zur Einhaltung konkreter Verpflichtungen (z.B. Zollsenkungen oder Beitragszahlungen).
- Freiheit von negativen Verpflichtungen, d.h. von Verboten bestimmter außenpolitischer Verhaltensweisen. Verbote können sich beziehen auf
 - den Erwerb bestimmter Güter (z.B. Atomwaffen);
 - den Einsatz bestimmter Mittel bzw. Ressourcen (z.B. bestimmte Waffengattungen);
 - Verhaltensweisen gegenüber der eigenen Bevölkerung (z.B. in Menschenrechtsregimen);
 - Verhaltensweisen gegenüber anderen Staaten (z.B. Verbot der Proliferation von Massenvernichtungswaffen).
- Freiheit von Beeinträchtigungen der eigenen Handlungsfreiheit. Der eigene Handlungsspielraum kann beeinträchtigt sein durch
 - Abhängigkeit im Sinne asymmetrischer Interdependenz zu eigenen Ungunsten (z.B. bei Absatzmärkten oder Importen);
 - (Möglichkeit einer) militärische(n) Bedrohung;
 - militärische Maßnahmen (z.B. die Verminung der eigenen Häfen);
 - ökonomische Sanktionen.

Einfluß kann in folgenden Formen vorliegen und von Staaten angestrebt werden:

- Handlungsverpflichtung anderer Staaten
 - prozedural, wie
 - zur Konsultation oder Information des eigenen Staates (z.B. im Rahmen der GASP);

- die Verpflichtung, die Beschlüsse von internationalen Organisationen oder Organen, an denen der eigene Staat partizipiert, zu akzeptieren und zu implementieren (z.B. Beschlüsse des EU-Ministerrates);
 - material, d.h. eine Handlungsverpflichtung auf angebbare Leistungen.
 - Verbote von bestimmten außenpolitischen Verhaltensweisen für andere Staaten. Verbote können sich beziehen auf
 - den Erwerb bestimmter Güter (z.B. Atomwaffen);
 - den Einsatz bestimmter Mittel bzw. Ressourcen (z.B. bestimmte Waffenarten);
 - Verhaltensweisen gegenüber der eigenen Bevölkerung (z.B. in Menschenrechtsregimen);
 - Verhaltensweisen gegenüber anderen Staaten (z.B. Verbot der Proliferation von Atomwaffen).
 - Beeinträchtigungen der Handlungsfreiheit anderer Staaten. Deren Handlungsspielraum kann beeinträchtigt sein durch
 - Abhängigkeit im Sinne asymmetrischer Interdependenz zu deren Ungunsten (z.B. bei Absatzmärkten oder Importen);
 - militärische Bedrohung;
 - militärische Maßnahmen (z.B. die Verminung von deren Häfen);
 - ökonomische Sanktionen.

6.2. Autonomie- und einflußmaximierende Verhaltensoptionen

Nachdem in Form einer Aufzählung verschiedener Ausprägungen von Autonomie und Einfluß ein präziseres Verständnis des neorealistischen Autonomie- und Einflußbegriffs erreicht wurde, muß es im nächsten Schritt darum gehen, Typen außenpolitischen Verhaltens nach ihren Implikationen für Autonomie- oder Einflußgewinne/-verluste zu ordnen.

Prinzipiell kann jedes außenpolitische Verhalten Autonomiegewinne, -konstanz oder -verluste sowie gleichzeitig Einflußgewinne, -konstanz oder -verluste mit sich bringen. Jede Kombination der beiden Variablen 'Autonomiegewinn' und 'Einflußgewinn' ist denkbar. Allerdings gibt es charakteristische Kombinationen der beiden Variablen bei unterschiedlichen Typen außenpolitischer Verhaltensoptionen.

Der Austritt aus internationalen Organisationen oder Regimen ist generell mit einem Einflußverlust und einem gleichzeitigen Autonomiegewinn verbunden. Der Austritt bedeutet einerseits das Ende der Verpflichtung, die in der internationalen Institution getroffenen Entscheidungen zu befolgen, andererseits auch einen Verlust von Möglichkeiten, in den Verhandlungen auf die Berücksichtigung der eigenen Präferenzen zu dringen und unter Umständen andere Teilnehmerstaaten auf die Einhaltung der Verhandlungsergebnisse zu verpflichten. (Fußnote 14) Analog dazu bedeutet eine Nichtteilnahme an multilateral organisierten Aktionen (z.B. Militäreinsätze) einen Autonomiegewinn, da der Einsatz der eigenen Ressourcen (z.B. eigener Truppen) keinen multilateralen Bestimmungen unterworfen ist. Zugleich gehen dabei Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Ausführung und die Ergebnisse der Aktion verloren. Einen Sonderfall bilden internationale Institutionen, deren Entscheidungen auch für Nicht-Mitglieder bindend sind, wie dies beim VN-Sicherheitsrat der Fall ist. Ein Austritt aus diesem Organ hat keinen Autonomiegewinn, sondern ausschließlich Einflußverluste zur Folge.

Analog zum Austritt aus internationalen Institutionen hat deren Stärkung - im Sinne einer Ausweitung ihres Aufgabengebietes oder einer Erhöhung der Verbindlichkeit ihrer Regelungen - für einen beteiligten Staat in der Regel zur Folge, daß er an Autonomie einbüßt und gleichzeitig Einfluß hinzugewinnt, da er damit erweiterte Mitsprachemöglichkeiten bei Entscheidungen, die auch die anderen Mitgliedstaaten betreffen, erhält. Schwierig einzustufen sind jedoch solche Fälle, in denen ein Staat ein gewisses Maß an Autonomie preisgibt, um seine Autonomie dauerhaft zu erhalten, wie z.B. beim Beitritt zu einer Allianz gegen einen mächtigen dritten Staat. Zwar bringt eine solche "Investition" von Autonomie gegenüber dem status quo einen Autonomieverlust mit sich, die Alternative (kein Allianzbeitritt) hätte aus neorealistischer Sicht jedoch erheblich stärkere Autonomieverluste zur Folge. Ein Allianzbeitritt ist daher zwar unter "Autonomieverlust/Einflußgewinn" einzustufen, aber es ist zu prüfen, ob diese Verhaltensweise nicht im Vergleich zu allen Alternativen einen Gewinn an Autonomie bedeutet. Unabhängig davon bildet die Stärkung supranationaler Institutionen, z.B. bei der Betrauung eines internationalen Gerichtshofes mit der verbindlichen Auslegung von Vertragsverpflichtungen oder bei der Zuweisung von Entscheidungsbefugnissen an supranationale Organe (wie etwa das Europäische Parlament) stets einen Sonderfall. Derartige Stärkungen supranationaler Institutionen bedeuten einen erheblichen Autonomieverlust, ohne daß damit auch

Einflußgewinne erzielt werden. Vermehrten Einfluß erhalten lediglich die supranationalen Organe, während er allen beteiligten Staaten vorenthalten bleibt. Die gleiche Kombination von Autonomieverlusten ohne Einflußgewinne ergibt sich, wenn Staaten den Grad ihrer Selbstbindung erhöhen. So ergeben sich aus einem Beitritt zu Menschenrechtskonventionen keinerlei zusätzliche Einflußmöglichkeiten, wohl aber Beschränkungen der eigenen Handlungsfreiheit und somit Autonomieverluste.

Eine Stärkung des eigenen Einflusses ohne gleichzeitigen Autonomieverlust ergibt sich immer dann, wenn einem Staat ein größerer Anteil an inner-organisatorischen Ressourcen zugesprochen wird. Zu den inner-organisatorischen Ressourcen gehören Stimmenanteile (sofern vom Konsensprinzip abgewichen wird), Sitze in Organen einer inter- oder supranationalen Institution (z.B. im Europäischen Parlament), aber auch die Erhöhung des eigenen Anteils am Verwaltungspersonal einer internationalen Organisation. Führende Positionen mit eigenen Staatsangehörigen besetzen zu können, bedeutet einen Einflußgewinn, ohne daß damit Autonomieverluste einhergehen. Wie in anderen Verwaltungen auch, besitzen Beamte in internationalen Organisationen Einfluß auf eine Vielzahl von konkreten Einzelentscheidungen, die zugunsten oder zuungunsten einzelner Staaten ausfallen können. Spitzenbeamte, z.B. Generalsekretäre, besitzen außerdem erheblichen Spielraum bei der Gestaltung der Agenda, die die Interessen einzelner Staaten mehr oder weniger widerspiegeln kann. Obwohl Beamte in internationalen Organisationen den Zielen der Organisation verpflichtet sind, kann ein *bias* für die Interessen ihres Herkunftslandes angenommen werden, da die Zukunft ihrer politischen Karriere in der Regel dort entschieden wird und weil sie in den politischen Institutionen ihres Herkunftslandes sozialisiert wurden.

Die Beziehungen gegenüber schwächeren Staaten sind von der Abhängigkeit der letzteren geprägt, die desto größer ist, je schwächer diese Staaten sind. Mächtige Staaten können diese Abhängigkeit instrumentalisieren, indem sie z.B. die Vergabe von Entwicklungshilfe oder diplomatische Unterstützung an Gegenleistungen knüpfen. Durch die Instrumentalisierung positiver wie negativer Sanktionsmittel erhöhen Staaten ihren Einfluß auf schwächere Staaten; der Grad ihrer Autonomie bleibt davon unberührt. Werden die Beziehungen zu schwächeren Staaten zwischen den mächtigen Staaten multilateral koordiniert (z.B. bei der Vergabe von Entwicklungshilfe durch multilaterale Organisationen), büßen die mächtigeren Staaten einen Teil ihrer Handlungsfreiheit ein, verlieren also an Autonomie. Gleichzeitig werden ihnen Möglichkeiten genommen, Leistungen an schwächere Staaten an sie selbst begünstigende Konditionen zu knüpfen, so daß zusätzlich Einflußverluste (gegenüber den schwächeren Staaten) auftreten.

Das nachfolgende Schaubild ordnet die beschriebenen Typen außenpolitischer Verhaltensoptionen in systematischer Weise nach Autonomie- und Einflußgewinnen/-verlusten, ohne daß der Anspruch erhoben wird, damit die Besonderheiten jedes Einzelfalles zu erfassen.

Schaubild 1: Außenpolitische Verhaltensoptionen

	Einflußgewinn	Einfluß konstant	Einflußverlust
Autonomiegewinn	Bilateralisierung von Beziehungen gegenüber schwächeren Staaten	Schwächung supranationaler Institutionen	Austritt aus Regimen oder Internationalen Organisationen, deren Entscheidungen nur für Mitglieder gelten
		Schwächung der Selbstbindung	Nicht-Teilnahme an multilateral organisierten Aktionen
Autonomie konstant	Eintritt in Internationale Organisationen/Organe, deren Entscheidungen auch für Nicht-Mitglieder bindend sind	(Beibehaltung des Status quo)	Austritt aus Internationalen Organisationen/Organen, deren Entscheidungen auch für Nicht-Mitglieder bindend sind
	Stärkung des eigenen Anteils an inner-organisatorischen Ressourcen		Schwächung des eigenen Anteils an inner-organisatorischen Ressourcen
	stärkere Instrumentalisierung positiver/negativer Sanktionsmittel		schwächere Instrumentalisierung positiver/negativer Sanktionsmittel
Autonomieverlust	Stärkung internationaler Institutionen/Organe, in denen man selbst partizipiert	Stärkung supranationaler Institutionen	Multilateralisierung von Beziehungen gegenüber schwächeren Staaten
	Teilnahme an multilateral organisierten Aktionen	Stärkung der Selbstbindung	

6.3. Die Gewichtung von Autonomie- und Einflußgewinnen in der neorealistischen Außenpolitiktheorie

In *Schaubild 1* sind sowohl solche Fälle aufgeführt, in denen die Verhaltensoptionen eines Staates nur hinsichtlich 'Autonomie' als auch solche, in denen sie nur hinsichtlich 'Einfluß' variieren. In diesen Fällen ist die Frage, welche Form der Machtpolitik eine neorealistische Außenpolitiktheorie in Relation zur Machtposition des Staates prognostizieren wird, einfach zu beantworten, da die Machtpolitik- Skala eindimensional ist. Machtpolitik ist dann ein Verhalten, das auf Autonomiemaximierung oder auf Einflußmaximierung zielt. In anderen Fällen variieren gleichzeitig sowohl die zu erwartenden Autonomiegewinne als auch die zu erwartenden Einflußgewinne. In einer Gruppe von Fällen variieren Autonomie- und Einflußgewinne in gleichgerichteter Weise, d.h. ein Zugewinn an Autonomie ist mit einem Zugewinn an Einfluß verbunden und umgekehrt. (Ein Beispiel hierfür ist die Bilateralisierung von Entwicklungshilfe).[\(Fußnote 15\)](#) Autonomie- wie Einflußmaximierung implizieren dann das gleiche außenpolitische Verhalten, so daß die Machtpolitik- Skala erneut eindimensional ist. Wieder ist die Formulierung einer neorealistischen Prognose unproblematisch.

Autonomie- und Einflußmaximierung können jedoch, wie in *Schaubild 1* zu sehen ist, mitunter auch konfliktieren. Vor allem im Rahmen internationaler Institutionen kann eine Politik der Autonomiesteigerung den Staat Einfluß kosten, während eine einflußsteigernde Politik zu Autonomieverlusten führen kann. Eine neorealistische Außenpolitiktheorie muß für solche Fälle spezifizieren, wie Staaten (im Rahmen ihrer machtpositionellen Möglichkeiten) Autonomie- und Einflußgewinne/-verluste gewichten. Wie wir sehen werden, nimmt der Neorealismus Waltzscher Prägung hier eine eindeutige Gewichtung zugunsten von Autonomiegewinnen vor, während eine Reihe neorealistischer Autoren auch Überlegungen anstellen, die davon abweichen. Dies macht es für uns notwendig, zwei Varianten neorealistischer Außenpolitiktheorie zu differenzieren.

Eine Außenpolitiktheorie, die sich eng an 'traditionelle' Neorealisten wie Waltz und Mearsheimer anlehnt, wird der Autonomiemaximierung und damit der Abwehrpolitik stets den klaren Vorrang geben. Die eigene Unabhängigkeit ist aus dieser Perspektive stärker und unmittelbarer mit dem Sicherheitsinteresse verbunden als ein möglicher Einfluß auf andere Akteure. Da eine konstant hohe Bedrohung der eigenen Sicherheit im internationalen System angenommen wird, kommt der Autonomiewahrung und -steigerung besondere Bedeutung zu. Institutionen werden vor allem als Beschränkungen der staatlichen Autonomie betrachtet, derer sich die Staaten nach Möglichkeit entziehen (vgl. Schweller/Priess 1997: 3). Einflußpolitik wird ein Staat nach dieser Theorie mithin dann und nur dann betreiben, wenn sie entweder gleichzeitig auch autonomieerhaltend oder -steigernd ist oder wenn Autonomiegewinne oder -verluste nicht zu erzielen oder befürchten sind. In Politikfeldern, die besonders sicherheitsrelevant sind, sind Staaten besonders bedacht auf Autonomiewahrung und -steigerung.

Von manchen neorealistischen Theoretikern wird ein solcher bedingungsloser Vorrang von Autonomie vor Einfluß in Zweifel gezogen. Wie Brooks (1997) herausarbeitet, ist die von Waltz behauptete Priorität von Autonomie gegenüber Einfluß nur dadurch möglich, daß Waltz den Staaten unterstellt, stets mit *worst-case*-Szenarien zu operieren. Danach reicht es aus, von einem Staat potentiell bedroht zu werden, um sich gegen diese Bedrohung schützen zu müssen. Das Bedrohungspotential entsteht schon dadurch, daß ein anderer Staat oder eine Allianz von Staaten über mehr Machtressourcen verfügt. Die Intentionen dieses Staates oder dieser Staaten hingegen spielen keine Rolle, weil es keine Garantie dafür gibt, daß diese sich nicht ändern. Dieses Denken in *worst-case*-Szenarien läßt mithin Strategien, die auf Mitsprachemöglichkeiten bei an Machtressourcen überlegenen Staaten zielen, als sehr riskant und unklug erscheinen. Nur eine Außenpolitik, die die eigene Autonomie wahrt und ausbaut, gilt als rational.

Wie Brooks weiter zeigt, ergibt sich eine solche Handlungsdisposition keineswegs notwendig aus den neorealistischen Annahmen über die anarchische Struktur des internationalen Systems. Brooks nimmt hier eine Unterscheidung zwischen 'Neorealismus' und 'postklassischem Realismus' vor. Danach operieren die Staaten aus neorealistischer Sicht aufgrund der steten Möglichkeit der Androhung und Anwendung von Gewalt im internationalen System mit *worst-case*-Szenarien, während sie aus der Sicht des postklassischen Realismus auf der Basis der Wahrscheinlichkeit von Gewaltandrohung und -anwendung entscheiden. Die Wahrscheinlichkeit der Gewaltandrohung und -anwendung wird nicht nur durch die Verteilung der Machtmittel beeinflußt wie im Waltzschen Neorealismus, sondern auch durch andere materielle Faktoren wie Technologie, Geographie und Ökonomie. Dies führt dazu, daß für den postklassischen Realismus die Sicherheitsbedrohung im internationalen System variabel ist (Brooks 1997: 458). Demzufolge kann es nach dieser Auffassung auch im anarchischen internationalen System Situationen geben, in denen Staaten ihre Sicherheit nur in vergleichsweise geringem Maße unmittelbar bedroht sehen.

Brooks' Unterscheidung von zwei Varianten moderner realistischer Theorie anhand der Handlungsdisposition, die den Staaten bei ihrer Kosten-Nutzen-Kalkulation unterstellt wird, erweist sich für die (Re-)Konstruktion neorealistischer Außenpolitiktheorie als heuristisch fruchtbar. Der Ausdruck "postklassischer Realismus" ist

jedoch unglücklich gewählt, da auch Realisten wie Waltz und Mearsheimer über den klassischen Realismus von Carr und Morgenthau hinausgehen und daher 'postklassisch' sind. Wir wollen stattdessen von traditionellem Neorealismus einerseits und modifiziertem Neorealismus andererseits sprechen. Ein zweites Problem von Brooks' Vorgehen ist, daß er anhand einiger Beispiele nur illustriert, daß Staaten sich nach dem modifizierten Neorealismus nicht so verhalten wie vom traditionellen Neorealismus prognostiziert. Es bleibt insgesamt unklar, ob Brooks annimmt, die Staaten im modifizierten Neorealismus betrieben unter gewissen Voraussetzungen trotz einer entsprechenden Machtposition keine Machtpolitik, oder ob er für diese Theorie nur von einer anderen Form der Machtpolitik ausgeht.

Aus unseren bisherigen Überlegungen ergibt sich freilich, daß der Zusammenhang zwischen der Machtposition eines Staates und seiner Neigung, Machtpolitik zu betreiben, auch für eine modifiziert neorealistische Außenpolitiktheorie gilt. Allerdings kann die Theorie zu anderen Aussagen darüber gelangen, welche Form der Machtpolitik (Abwehr- oder Einflußpolitik) ein Staat im Rahmen seiner machtpositionellen Möglichkeiten primär betreiben wird. Je prekärer die Sicherheitslage eines Staates ist, desto stärker wird er auf die Wahrung oder gar den Ausbau seiner Autonomie bedacht sein. Je weniger hingegen die Sicherheit eines Staates unmittelbar bedroht ist, desto eher können für Einflußgewinne auch Autonomieverluste in Kauf genommen werden. Für eine modifiziert neorealistische Theorie ist es also wesentlich, die Variable 'Sicherheitsbedrohung' zu bestimmen, von der angenommen wird, daß sie darüber mitentscheidet, welche Form der Machtpolitik gewählt wird.

Verschiedene neorealistische Autoren haben Variablen identifiziert, die die Wahrscheinlichkeit der Androhung oder Anwendung von Gewalt beeinflussen. Oft wird auf technologische Faktoren verwiesen, die die Schärfe des aus der Anarchie folgenden Sicherheitsdilemmas verringern können (vgl. Snyder 1996: 168-171). Barry Buzan(Fußnote 16) führt die Variable "Interaktionskapazität im internationalen System" ein (Buzan 1993: 69-80). Damit ist in erster Linie die im internationalen System vorhandene und nutzbare Kommunikations- und Transporttechnologie gemeint. Er stellt die Hypothese auf, daß mit steigender Interaktionskapazität das anarchische internationale System an Selbsthilfecharakter einbüßt. Autoren wie Robert Jervis und Charles Glaser betonen den modifizierenden Effekt bestimmter militärischer Technologien. Sicherheit ist prekärer, je mehr die verfügbare Militärtechnologie der Offensive gegenüber der Defensive einen Vorteil verschafft (Jervis 1978; Glaser 1995: 61f.), und je schwerer zwischen offensivem und defensivem Militärpotential unterschieden werden kann (Glaser 1995: 62).(Fußnote 17) Stephen Walts Modifikation der neorealistischen Allianztheorie, die *Balance-of-Threat*- Theorie, operiert ebenfalls mit technologischen Faktoren, schreibt aber auch geographischen Variablen eine bedeutende Rolle für die Ermittlung der Sicherheitsbedrohung, der sich ein Staat ausgesetzt sieht, zu. Für Walt ergibt sich das Maß an Bedrohung, die ein Staat für einen anderen Staat darstellt, nicht nur aus seiner relativen Macht, sondern zusätzlich aus seiner geographischen Nähe, seinen militärisch offensiv einsetzbaren Machtressourcen und seinen (perzipierten) Intentionen (Walt 1987: 17-33). Dies bedeutet, daß ein Staat einen anderen, sehr mächtigen Staat nicht unbedingt als starke Bedrohung ansehen muß, etwa dann nicht, wenn dies ein weit entfernt liegender und/oder mit ihm seit langem verbündeter Staat ist. Die Notwendigkeit der Abwehrpolitik gegenüber diesem Staat ist dann geringer als vom traditionellen Neorealismus angenommen. Über Walt hinausgehend können wir ergänzen, daß dem Staat in einem solchen Fall mehr Raum für einflußpolitische Formen von Machtpolitik bleibt. Robert Gilpin schließlich verweist auf ökonomische Faktoren. Er betont, daß für in die Weltwirtschaft stark eingebundene Industrienationen die Kosten territorialer Expansion sehr hoch seien, weshalb diese Staaten stattdessen primär versuchten, politischen Einfluß auf andere Staaten und eine dominante Position im Weltwirtschaftssystem zu erreichen (Gilpin 1981: 132- 33). Aus dieser Argumentation folgt, daß ein Staat, der von modernen Industrienationen umgeben ist, *ceteris paribus* weniger stark von militärischen Angriffen bedroht ist als einer, dessen Nachbarstaaten sich von territorialer Expansion Gewinne versprechen können.

Infolgedessen können internationale Institutionen nach Auffassung dieser Autoren von Staaten in höherem Maße als vom traditionellen Neorealismus zugestanden als Arenen benutzt werden, um Machtressourcen in Einfluß umzumünzen. Anklänge hierzu finden sich in der von einem *coercive hegemon* (vgl. Snidal 1985; Hasenclever et al. 1997: 90-92) ausgehenden Variante der Theorie der hegemonialen Stabilität (Gilpin 1981). Auch Stephen Krasner hat hervorgehoben, daß Regime selbst eine Quelle von Macht sein können (Krasner 1982: 506f.; Krasner 1991; vgl. Hasenclever et al. 1997: 108). Schließlich hat Joseph Grieco mit seiner *voice-opportunity*-Hypothese betont, daß auch schwächere Staaten unter Umständen erfolgreich dabei sind, Institutionen zur Einflußsicherung qua Einbindung eines stärkeren Staates zu nutzen (Grieco 1995; 1996).(Fußnote 18)

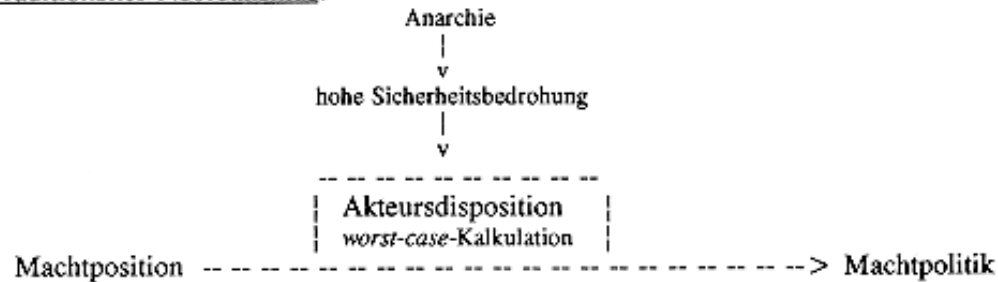
Unverkennbar bestehen zwischen dem modifizierten Neorealismus und der rationalistischen Variante des Institutionalismus (vgl. Hasenclever et al. 1997: 23-82) Berührungspunkte. Letztere behauptet, daß internationale Institutionen die kooperationshemmende Wirkung der Anarchie abmildern können (Axelrod/Keohane 1985; Keohane 1989). Institutionen helfen, Kollektivgüterprobleme zu lösen, ermöglichen die Überprüfung der Einhaltung von Abmachungen und der Befolgung internationaler Normen und tragen dazu bei, eine ungleiche Verteilung von Gewinnen und Verlusten aus der Kooperation zwischen Staaten auszugleichen. Institutionen ermöglichen es Staaten somit, ihre Eigeninteressen in Abstimmung mit anderen Staaten zu verfolgen. Auch im Rahmen einer modifiziert neorealistischen Außenpolitiktheorie können Institutionen für die Staaten einen instrumentellen Charakter besitzen. Im Gegensatz zum rationalistischen

Institutionalismus bleibt beim modifizierten Neorealismus allerdings die jeweilige Machtposition eines Staates die maßgebliche unabhängige Variable, die sein Verhalten im wesentlichen erklärt, da die Abstimmungsprozesse innerhalb der Institutionen von Machtbeziehungen geprägt bleiben (vgl. Krasner 1991). Der modifizierte Neorealismus prognostiziert also nicht unbedingt eine kooperative Politik im Rahmen internationaler Institutionen. Vielmehr prognostiziert auch diese Variante neorealistischer Außenpolitiktheorie, daß der Staat, soweit seine Machtposition dies zuläßt, Machtpolitik betreiben wird. Wenn seine Sicherheit in sehr hohem Maße bedroht ist, wird er eine primär abwehrpolitische Strategie verfolgen (wie sie der traditionelle Neorealismus grundsätzlich prognostiziert), und bei einem geringeren Maß an Sicherheitsbedrohung wird er Machtpolitik innerhalb der Institutionen, und dies bedeutet Einflußpolitik, betreiben. Der Staat wird dann versuchen, Macht in Einfluß zu transformieren.

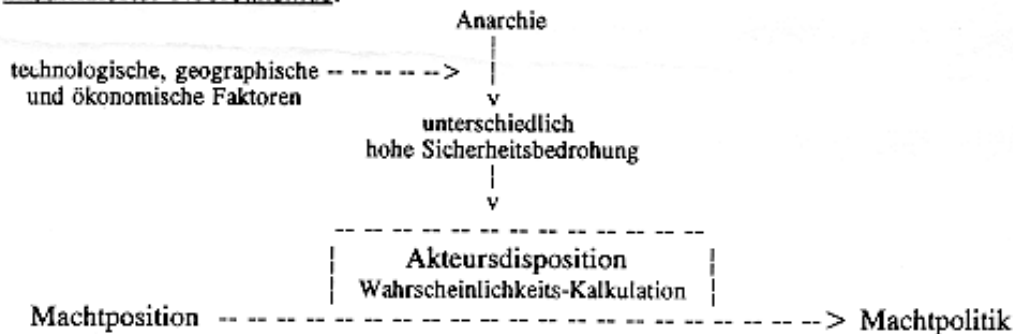
Da die relative Machtposition auch im modifizierten Neorealismus die grundlegende unabhängige Variable bleibt, haben die angesprochenen Variablen aus den Bereichen Technologie, Geographie und Ökonomie den Status intervenierender Variablen. Sie wirken auf die Handlungsdisposition eines Staates ein, d.h. auf seine Präferenzordnung bezüglich Autonomie- und Einflußmaximierung. Der Unterschied zwischen einer traditionell neorealistischen und einer modifiziert neorealistischen Außenpolitiktheorie kann wie folgt abgebildet werden:

Schaubild 2: Traditioneller und modifizierter Neorealismus

Traditioneller Neorealismus:



Modifizierter Neorealismus:



Indem Einflußpolitik in der modifizierten neorealistischen Außenpolitiktheorie einen höheren Stellenwert bekommt, wird das Repertoire der mit dem Neorealismus kompatiblen Verhaltensweisen erweitert: Während der Waltzsche Neorealismus für Fälle, in denen Autonomie- und Einflußgewinne miteinander konkurrieren, den Autonomiegewinnen und somit der Abwehrpolitik den Primat einräumt, treten im modifizierten Neorealismus Einflußgewinne gleichberechtigt neben Autonomiegewinnen, so daß Abwehr- wie Einflußpolitik gleichermaßen rational erscheinen. Durch das somit erweiterte Handlungsrepertoire eröffnet sich der modifizierte neorealistische Ansatz zusätzliche Möglichkeiten, beobachtetes staatliches Handeln mit neorealistischen Annahmen in Einklang zu bringen. (Fußnote 19) Freilich: Ohne präzise Kriterien für die Bestimmung der Sicherheitsbedrohung und damit dafür, wie im Einzelfall Autonomie- und Einflußmaximierung abgewogen werden, wird der modifizierte neorealistische Ansatz schlichtweg schwerer zu falsifizieren sein. Derartige Kriterien finden sich in der Literatur jedoch

nicht und werden aller Voraussicht nach auch nicht ohne weiteres zu entwickeln sein. Die Berücksichtigung des modifizierten neorealistischen Ansatzes birgt damit die Gefahr, zumindest in einigen Fällen keine testbare neorealistische Verhaltenserwartung ableiten zu können.

Eindeutige Verhaltenserwartungen werden freilich immer dann ableitbar sein, wenn Autonomiegewinne ein weit höheres Gewicht erhalten als Einflußgewinne und umgekehrt. Weil das Gewicht von Autonomie- oder Einflußgewinnen in der modifizierten neorealistischen Theorie vor allem vom Ausmaß der Sicherheitsbedrohung eines Staates abhängt, kommt diese Theorie für zwei Situationen zu eindeutigen Verhaltenserwartungen: In Situationen, in denen ein Staat einer starken Bedrohung seiner Sicherheit ausgesetzt ist, werden Autonomieverluste äußerst schwer wiegen und Einflußgewinne nur einen geringen Stellenwert haben. Die vom modifizierten Neorealismus identifizierten intervenierenden Variablen spielen dann eine untergeordnete Rolle, und die Prognosen des modifizierten Neorealismus gleichen sich denen des traditionellen Neorealismus an. Umgekehrt werden in Situationen, in denen ein Staat von keiner nennenswerten Sicherheitsbedrohung betroffen ist, Einflußgewinne ein sehr großes Gewicht besitzen, und seine Sensibilität gegenüber Autonomieverlusten wird gering sein. In diesem Fall liegen, in Analogie zum traditionellen Neorealismus, wieder klare Prioritäten bezüglich Autonomie und Einfluß vor, diesmal zugunsten der Einflußpolitik.

Grundsätzlich kann für die Abwägung von Autonomie- und Einflußgewinnen/-verlusten im modifizierten Neorealismus gesagt werden: Je geringer die Sicherheitsbedrohung eines Staates ist, desto höher ist die relative Bedeutung von Einfluß gegenüber Autonomie für diesen Staat, desto eher wird dieser Staat mithin bereit sein, für Einflußgewinne auch Autonomieverluste in Kauf zu nehmen.

Für die Gewichtung von Autonomie- und Einflußgewinnen/-verlusten können eine Reihe weiterer Kriterien angegeben werden:

- Materiale Verpflichtungen wiegen schwerer als prozedurale Verpflichtungen.
- Einflußgewinne gegenüber mächtigeren Staaten sind bedeutender als Einflußgewinne gegenüber weniger mächtigen Staaten.
- Die Verpflichtung zur Einhaltung von Beschlüssen von internationalen Organisationen oder Organen, in denen der Staat selbst partizipiert, bedeutet einen geringeren Autonomieverlust als die Verpflichtung zur Einhaltung von Beschlüssen von internationalen Organisationen oder Organen, in denen er selbst nicht vertreten ist.
- Die Verpflichtung zur Einhaltung von Beschlüssen von internationalen Organisationen oder Organen, in denen der Staat über ein Vetorecht verfügt, bedeutet einen geringeren Autonomieverlust als die Verpflichtung zur Einhaltung von Beschlüssen von internationalen Organisationen oder Organen, in denen er überstimmt werden kann.
- Die vertragliche Verpflichtung zur Einhaltung von Beschlüssen, deren Interpretation den Vertragsstaaten obliegt, bedeutet einen geringeren Autonomieverlust als die vertragliche Verpflichtung zur Einhaltung von Beschlüssen, die von einer unabhängigen Schiedsinstanz verbindlich ausgelegt werden.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß gerade die Gewichtung von Autonomiegewinnen/-verlusten in erheblichem Maß davon abhängt, welche Kosten mit der Implementierung der jeweiligen Verpflichtungen für einen Staat verbunden sind. Für die Bundesrepublik implizieren derzeit beispielsweise Verpflichtungen zu einer zehnprozentigen Reduzierung von CO₂-Emissionen nur niedrige Implementationskosten, weil die Emissionen infolge von Stilllegung und Modernisierung ostdeutscher Industrie ohnehin rückläufig sind. Dagegen bedeutete eine Verpflichtungen zu einem Exportverbot von Müll erhebliche Implementationskosten, weil die Voraussetzungen einer vollständigen Entsorgung innerhalb der Bundesrepublik erst noch zu schaffen wären. Obwohl beide Verpflichtungen formal die gleichen Autonomieverluste mit sich bringen, sind die tatsächlichen Einschränkungen der Handlungsfreiheit äußerst unterschiedlich. Ein Autonomieverlust gegenüber einem Regime, das Müllexporte verbietet, wiegt daher ungleich schwerer als ein Autonomieverlust gegenüber einem Regime, das seine Mitgliedstaaten auf eine zehnprozentige Reduktion von CO₂-Emissionen verpflichtet.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

7. Traditioneller und modifizierter Neorealismus: Prognosen für die deutsche Außenpolitik

Nach der Spezifizierung von Autonomie und Einfluß (6.1.), der Identifizierung von Verhaltensweisen mit ihren Implikationen für Autonomie- bzw. Einflußgewinn (6.2.) und der Diskussion einiger Kriterien für die Gewichtung von Autonomie und Einfluß (6.3.), können nun für die beiden unterschiedenen neorealistischen Theorievarianten Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung generiert werden. Bevor wir die allgemeinen Prognosen formulieren können (7.2.), muß zunächst der Wert der unabhängigen Variablen ermittelt werden, das heißt, wir müssen untersuchen, wie die deutsche Machtposition sich von der Zeit vor der Vereinigung und dem Ende des Ost-West-Konflikts in den 1980er Jahren bis zur Mitte der 1990er Jahre entwickelt hat (7.1.).

7.1. Die Entwicklung der bundesdeutschen Machtposition

Wir hatten in Abschnitt 4 gesehen, daß für die Machtposition eines Staates zum einen seine Machtressourcen im Vergleich zu denen der anderen Staaten wichtig ist und zum anderen die Polarität des internationalen Systems, in dem der Staat operiert.

Machtressourcen

Um die Entwicklung der Machtposition Deutschlands nach der Vereinigung und nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu ermitteln, müssen wir zunächst ihre aus neorealistischer Sicht maßgeblichen Machtressourcen mit denen der "alten" Bundesrepublik vergleichen. Dabei ist nicht auf absolute Größen zu achten, sondern auf den Anteil an den Machtressourcen im internationalen System, über den Deutschland verfügt. Im Sinne des Neorealismus sind hier als Referenzgröße andere mächtige Staaten heranzuziehen. Wir werden daher bei den Machtressourcen immer den deutschen Anteil innerhalb einer Staatengruppe bestehend aus den USA, Rußland/UdSSR, Frankreich, Großbritannien, Japan und Deutschland betrachten. In einigen Fällen wird zusätzlich noch auf den deutschen Anteil innerhalb der EU oder der NATO verwiesen. Wir vergleichen jeweils Daten für den Zeitraum von 1981 bis 1989 mit Daten für 1991 bis 1995. (Fußnote 20) Bei den Indikatoren "Bevölkerung" und "Territorium" genügen jeweils einzelne Jahre aus beiden Zeitperioden. Die Tabellen und Abbildungen finden sich im [Anhang](#) dieses Papiers.

Betrachten wir zunächst die ökonomischen Machtressourcenindikatoren. Das deutsche BSP machte in den Jahren 1985-1989 im Schnitt 10,2% der Summe der Sozialprodukte der ausgewählten Staaten aus. In den Jahren 1991-1995 lag der deutsche Anteil durchschnittlich bei knapp 12%. Dieser relative Anstieg ist, wie die Daten zeigen, vor allem auf den Zusammenbruch der russischen Volkswirtschaft zurückzuführen (vgl. Abb. 1, Tab. 1).

Als wichtiger Aspekt der auf Wirtschaftskraft beruhenden Macht der Bundesrepublik wird oft die Exportstärke der deutschen Wirtschaft hervorgehoben. Wenngleich die Exporte bereits im BSP mit verrechnet sind, sollen die Exportvolumina dennoch kurz gesondert betrachtet werden. Hier schwankte der deutsche Anteil in der Referenzgruppe in den Jahren 1981-1989 zwischen 22,7% und 27,8%. Der Mittelwert beträgt knapp 25%. In der Zeit seit der Vereinigung (1991-1995) schwankt der deutsche Anteil in ähnlicher Weise (von 23,8% bis 27,5%), der Mittelwert liegt wieder bei knapp 25%, ist also mit dem aus den 1980er Jahren nahezu identisch (vgl. Tab. 2).

Bei den Währungsreserven ging der von der Bundesrepublik gehaltene Anteil seit Mitte der 1980er Jahre insgesamt leicht zurück. Schwankte er von 1981 bis 1989 zwischen 22,2% und 35%, so lag er 1991 bis 1995 zwischen 20,6% und 30,9%. Im Mittel fiel der deutsche Anteil dabei von etwa 29% auf 25%, was vor allem auf die enorme Zunahme der von Japan gehaltenen Währungsreserven (seit 1986/87) zurückgeht (vgl. Abb. 2, Tab. 3).

Es zeigt sich, daß sich weder für die These von der neuen Supermacht Deutschland (Bergner 1991) noch für die jüngst aufgestellte Behauptung eines deutschen Machtverlustes (Maull 1997: 1249) im Bereich ökonomischer Machtressourcen eine Grundlage findet. Man kann daraus folgern, daß das vereinte Deutschland im Bereich wirtschaftlicher Stärke seine gute Position hat halten können, sie aufgrund des wirtschaftlichen Einbruches der Sowjetunion bzw. Rußlands sogar geringfügig ausbauen konnte. Eine deutliche Verbesserung ist im Bereich dieses Machtindikators gleichwohl nicht zu verzeichnen.

Vergleichbar ist auch die Entwicklung bei den Indikatoren für militärische Machtressourcen. Der bundesdeutsche Anteil an den Militärausgaben in der Referenzgruppe betrug in den Jahren 1985-1989 im Schnitt 5,7%, während er in den Jahren 1991-1995 bei durchschnittlich 7,2% lag. Dieser relative Anstieg (bei leichtem absoluten Rückgang) ist erneut und hier sogar allein auf den Zusammenbruch der Sowjetunion bzw. Rußlands zurückzuführen (vgl. Abb. 3, Tab. 4). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Truppenstärke. Hier stieg der bundesdeutsche Anteil von durchschnittlich 6,4% (1981-1989) auf durchschnittlich 8% (1991-1995). Wiederum kommt, bei absolutem Rückgang, der relative Zugewinn ausschließlich durch den massiven Einbruch der Zahlen für Rußland im Vergleich zu denen der Sowjetunion zustande (vgl. Abb. 4, Tab. 5).

Obgleich es die Fähigkeit zur Entwicklung und Produktion solcher Waffen besitzt, verfügt Deutschland nach wie vor über keinerlei Nuklearwaffen.

Insgesamt läßt sich aus den militärischen Machtressourcen-Indikatoren ebenfalls weitgehend Konstanz, allenfalls ein geringer deutscher Zuwachs ableiten.

Eindeutig ist die Verbesserung der deutschen Position hingegen bezüglich der Indikatoren "Bevölkerung" und "Territorium" (vgl. Tab 6. und Tab. 7). Von größerer Bedeutung als der absolute wie relative Zuwachs in beiden Bereichen ist freilich, daß Deutschland mit der Vereinigung erstmals auch die volle Kontrolle über das eigene Territorium erhielt. Die 'alte' Bundesrepublik war ein unter dem Besatzungsregime von drei alliierten Siegermächten stehender Staat, ein Staat also, dessen Kontrolle über das eigene Territorium eingeschränkt war. Zudem ergab sich durch den Sonderstatus und die exponierte Lage Westberlins eine besondere Bedrohungsanfälligkeit für die Bundesrepublik. Mit der Vereinigung wurden diese beiden erheblichen Nachteile für Deutschland beseitigt.

Stellt man in Rechnung, daß aus der Sicht des Neorealismus wirtschaftliche und militärische Potenz eine zentrale Bedeutung als Machtressourcen einnehmen, so wird ersichtlich, daß insgesamt zwar ein Zuwachs des deutschen Machtressourcenanteils zu verzeichnen ist, der jedoch nur bescheiden ausfällt.

Polarität des internationalen Systems

Grundlegend gewandelt hat sich aus neorealistischer Sicht jedoch die Struktur des internationalen Systems. Die 'alte' Bundesrepublik agierte in einem bipolaren System mit den beiden Großmächten USA und Sowjetunion. Sie war auf den Schutz durch eine dieser Großmächte vor der anderen angewiesen und hatte, trotz ihrer nicht unerheblichen Machtressourcen, keinerlei Aussicht darauf, selbst zu einer Großmacht, das heißt einem eigenständigen Machtpol im System zu werden.

Nach dem Zerfall dieser bipolaren Struktur kann nun am ehesten von einem unipolaren Übergangsstadium gesprochen werden. Layne stellt Unipolarität fest, da die USA zur Zeit eine klare Vormachtstellung besäßen (Layne 1993: 5). Krasner stuft das internationale System gegenüber der Zeit des Ost-West-Konfliktes als gleichzeitig stärker unipolar und weniger hierarchisch ein, da auch die USA einen Machtverlust erlitten hätten (Krasner 1993: 22). Waltz (1993) und Mearsheimer (1990) sehen das bipolare System seinem Ende entgegengehen. Allerdings kann ein solches unipolares System aus neorealistischer Sicht kaum stabil bleiben. Vielmehr ergibt sich nun für andere mächtige Staaten die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit der Gegenmachtbildung gegen die USA. Die veränderte Polarität des internationalen Systems hat für Deutschland zur Folge, daß es weniger schutzbedürftig und abhängig von den USA ist. Aufgrund dieses Wegfalls faktischer Handlungsbeschränkungen hat sich Deutschlands Machtposition auch unabhängig von relativen Zuwächsen seiner Machtressourcen deutlich verbessert.

Fazit

Wir können insgesamt schließen, daß sich die Machtposition Deutschlands durchaus verbessert hat, allerdings weniger ausgeprägt, als dies von Realisten oft angenommen wurde (vgl. Krasner 1993: 22; Layne 1993: 37; Waltz 1993: 62ff.). Die Entwicklung der deutschen Machtressourcen, verbunden mit dem Zerfall der bipolaren Struktur des internationalen Systems, lassen es angemessen erscheinen, von einem moderaten Machtzuwachs Deutschlands zu sprechen. Dies zieht für beide Varianten neorealistischer Außenpolitiktheorie die Erwartung einer moderat ausgeprägten Zunahme an Machtpolitik im außenpolitischen Verhalten Deutschlands nach sich. Um zu spezifischeren Prognosen zu gelangen, muß jedoch wieder zwischen dem traditionellen und dem modifizierten Neorealismus unterschieden werden.

7.2. Allgemeine neorealistische Prognosen für die deutsche Außenpolitik

Weil im traditionellen Neorealismus Autonomie einen wesentlich höheren Stellenwert besitzt als Einfluß, erwartet diese Theorie von Deutschland den Beginn einer *balancing*-Strategie gegenüber den USA als dominantes Verhalten. Denn *balancing* impliziert die Lockerung (mittelfristig sogar die Aufkündigung) der transatlantischen Kooperation, weil damit die größten Autonomiegewinne erzielt werden können. Schließlich ist die USA als einzige verbliebene Großmacht schon aufgrund ihrer Machtressourcen die größte Bedrohung für andere Staaten (Layne 1993). Die mit der Lockerung der transatlantischen Kooperation verlorengehenden Chancen der Einflußnahme auf und Mitsprache bei den USA wiegen aus der Perspektive des traditionellen Neorealismus wesentlich weniger als die erzielten Autonomiegewinne. Denn der Versuch, vor allem Mitsprachemöglichkeiten bei den USA zu bewahren oder gar auszubauen, hieße sich auf das Wohlwollen der USA zu verlassen, obwohl deren (bislang freundliche) Intentionen sich jederzeit ändern können. Auch gegenüber den europäischen Staaten wird aus dieser Sicht die Sensibilität für Autonomieverluste hoch sein.

Für den modifizierten Neorealismus hingegen ist ausschlaggebend, daß Deutschland derzeit von keinem Staat bedroht wird. Zwar ist die überragende Machtposition der USA auch aus der Sicht des modifizierten Neorealismus von Bedeutung. Solange aber die Wahrscheinlichkeit einer Konfrontation mit den USA, gar eines militärischen Angriffs auf Deutschland, als vernachlässigenswert angesehen werden kann, ist es für Deutschland unnötig, eine *balancing*-Strategie gegenüber den USA zu verfolgen. Die Sensibilität für Autonomieverluste - sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber den europäischen Staaten - wird eher gering sein.

Einflußgewinne werden ein hohes Gewicht besitzen. Deutschland wird sich also vorerst nicht den gemeinsamen Institutionen entziehen, sondern versuchen, in diesen Institutionen verstärkt Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten zu erhalten. Erhalt und Ausbau seiner Autonomie sind für Deutschland damit nicht bedeutungslos geworden. Auch kann Machtpolitik für Deutschland nicht bedeuten, für minimale Einflußgewinne bedeutsame Autonomieverluste in Kauf zu nehmen. Gleichwohl wird Deutschland vor allem nach Einflußgewinnen streben und auch bereit sein, für substantielle Einflußgewinne Autonomie preiszugeben.

Abschließend soll für beide neorealistischen Theorien die jeweils für Deutschland geltende allgemeine Prognose formuliert werden.

Traditioneller Neorealismus:

Da sich seine Machtposition mäßig verbessert hat, wird Deutschland in mäßig verstärkter Weise Machtpolitik betreiben. Deutschland wird versuchen, mithilfe mäßig verstärkter Abwehrpolitik seine Autonomie zu erhöhen, und mithilfe mäßig verstärkter Einflußpolitik seinen Einfluß zu erhöhen. Wenn Autonomie- und Einflußgewinne miteinander konkurrieren, wird Deutschland Autonomiegewinne eindeutig stärker gewichten als Einflußgewinne.

Modifizierter Neorealismus:

Da sich seine Machtposition mäßig verbessert hat, wird Deutschland in mäßig verstärkter Weise Machtpolitik betreiben. Deutschland wird versuchen, mithilfe mäßig verstärkter Abwehrpolitik seine Autonomie zu erhöhen, und mithilfe mäßig verstärkter Einflußpolitik seinen Einfluß zu erhöhen. Wenn Autonomie- und Einflußgewinne miteinander konkurrieren, wird Deutschland aufgrund seiner günstigen Sicherheitslage Einflußgewinne stärker gewichten als Autonomiegewinne.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Anhang: Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1

GNP (Milliarden US-\$, in Preisen von 1995)

(Quelle: U.S. Arms Control and Disarmament Agency: World Military Expenditures and Arms Transfers 1996)

	(BR)D	FRA	UK	JPN	USA	SU/RUS	EU-12	EU-15	Gruppe	Gruppe o. SU	Gruppe klein
1985	1689	1226	894,6	3849	5758	2903	5978,1	6476,9			
		1,378	1,888	0,439	0,293	0,582	28,25%	26,08%	10,35%	12,59%	22,05%
1986	1728	1260	933,9	3952	5920	3003	6152,5	6660,5			
		1,371	1,850	0,437	0,292	0,575	28,09%	25,94%	10,29%	12,53%	21,95%
1987	1754	1290	974,4	4123	6085	3039	6318,1	6841,2			
		1,360	1,800	0,425	0,288	0,577	27,76%	25,64%	10,16%	12,33%	21,54%

1988	1818	1349	1019	4381	6321	3130	6576,3	7117,3				
		1,348	1,784	0,415	0,288	0,581	27,64%	25,54%	10,09%	12,21%	21,22%	
1989	1894	1407	1040	4592	6533	3170	6820,1	7380				
		1,346	1,821	0,412	0,290	0,597	27,77%	25,66%	10,16%	12,25%	21,20%	
1990	1998	1438	1037	4811	6625	3057	7020,2	7589,8				
		1,389	1,927	0,415	0,302	0,654	28,46%	26,32%	10,53%	12,56%	21,52%	
1991	2095	1449	1016	5018	6555	2797	7154,3	7716,2				
		1,446	2,062	0,417	0,320	0,749	29,28%	27,15%	11,07%	12,99%	21,87%	
1992	2120	1461	1022	5084	6729	867,9	7218,7	7775,2				
		1,451	2,074	0,417	0,315	2,443	29,37%	27,27%	12,27%	12,91%	21,89%	
1993	2071	1449	1044	5076	6881	794,3	7173,4	7721,3				
		1,429	1,984	0,408	0,301	2,607	28,87%	26,82%	11,96%	12,54%	21,48%	
1994	2131	1488	1084	5106	7106	693,2	7375,5	7938,7				
		1,432	1,966	0,417	0,300	3,074	28,89%	26,84%	12,10%	12,60%	21,72%	
1995	2172	1521	1110	5153	7247	664	7536,4	8105				
		1,428	1,957	0,422	0,300	3,271	28,82%	26,80%	12,16%	12,63%	21,82%	

Zahlen in der zweiten Zeile für jedes Jahr: Verhältnis Deutschland/jeweiliges Land bzw. deutscher Anteil an Ländergruppe

Zahlen für SU, Rußland (ab 1992): grobe Schätzungen

Zahlen für 1995: Schätzung für alle außer D, USA

Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA, SU/RUS

Gruppe klein = Gruppe ohne USA, SU/RUS

Deutscher Anteil am BSP

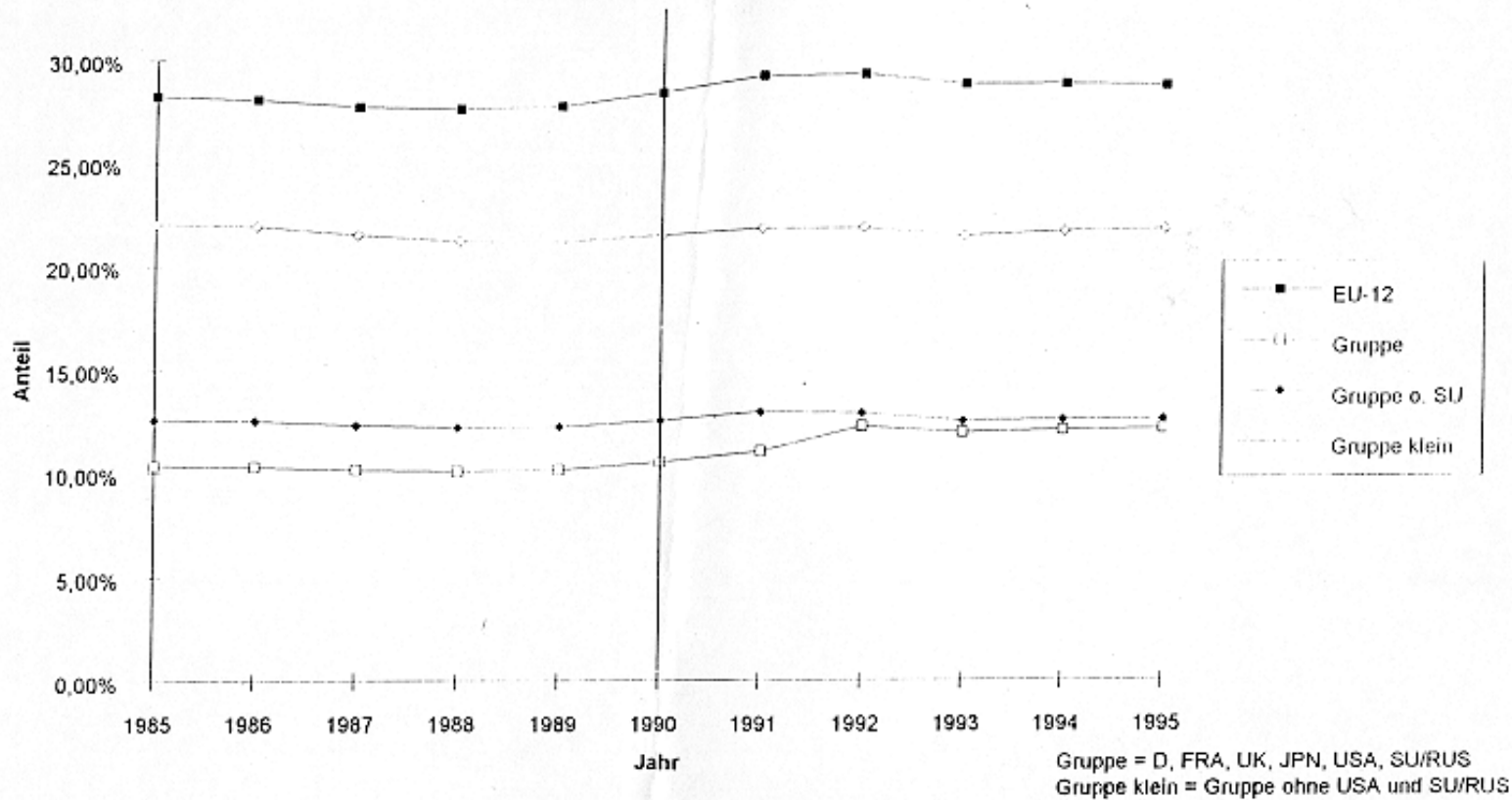


Tabelle 2

Exporte (in Milliarden US-\$)

(Quelle: IMF: International Financial Statistics Yearbook)

	(BR)D	FRA	UK	JPN	USA	EU-12	EU-15	Gruppe	Gruppe klein
1981	176,047	106,424	102,244	151,495	238,715	648,571	707,074		
		1,654	1,722	1,162	0,737	27,14%	24,90%	22,72%	32,83%
1982	176,424	96,694	96,984	138,385	216,442	624,350	679,888		
		1,825	1,819	1,275	0,815	28,26%	25,95%	24,34%	34,70%
1983	169,417	94,943	91,619	146,965	205,639	607,883	663,274		
		1,784	1,849	1,153	0,824	27,87%	25,54%	23,91%	33,69%

1984	171,735	97,566	93,881	169,7	223,976	623,645	682,233		
		1,760	1,829	1,012	0,767	27,54%	25,17%	22,69%	32,23%
1985	183,933	101,674	101,252	177,164	218,815	657,242	718,559		
		1,809	1,817	1,038	0,841	27,99%	25,60%	23,50%	32,61%
1986	243,326	124,948	107,093	210,757	227,158	798,938	875,065		
		1,947	2,272	1,155	1,071	30,46%	27,81%	26,64%	35,46%
1987	294,369	148,382	131,257	231,286	254,122	958,644	1050,355		
		1,984	2,243	1,273	1,158	30,71%	28,03%	27,79%	36,55%
1988	323,323	167,787	145,165	284,856	322,427	1062,617	1165,184		
		1,927	2,227	1,135	1,003	30,43%	27,75%	26,00%	35,10%
1989	341,231	179,397	152,345	273,932	363,812	1135,412	1242,162		
		1,902	2,240	1,246	0,938	30,05%	27,47%	26,03%	36,04%
1990	410,104	216,588	185,172	287,581	393,592	1370,686	1496,062		
		1,893	2,215	1,426	1,042	29,92%	27,41%	27,47%	37,30%
1991	402,843	217,1	184,964	314,786	421,73	1371,55	1490,958		
		1,856	2,178	1,280	0,955	29,37%	27,02%	26,13%	35,98%
1992	422,271	235,871	190,003	339,885	448,164	1451,344	1578,713		
		1,790	2,222	1,242	0,942	29,10%	26,75%	25,81%	35,54%
1993	380,154	209,349	180,180	362,244	464,773	1346,508	1459,985		
		1,816	2,110	1,049	0,818	28,23%	26,04%	23,81%	33,58%
1994	427,179	235,905	204,923	397,005	512,627	1530,62	1666,785		
		1,811	2,085	1,076	0,833	27,91%	25,63%	24,03%	33,77%
1995	508,924	286,694	241,79	443,116	584,743	n/a	n/a		
		1,775	2,105	1,149	0,870			24,64%	34,37%

Zahlen in der zweiten Zeile für jedes Jahr: Verhältnis Deutschland/jeweiliges Land bzw. deutscher Anteil an Ländergruppe

Daten für SU nicht verfügbar

Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA

Gruppe klein = Gruppe ohne USA

Tabelle 3**Währungsreserven (in Millionen Sonderziehungsrechten des IWF)***(Quelle: IMF: International Financial Statistics Yearbook 1996)*

	(BR)D	FRA	UK	JPN	USA	EU-12	EU-15	Gruppe	Gruppe klein
1981	40892	21991	13757	25083	25502	127861	137765		
		1,859	2,972	1,630	1,603	31,98%	29,68%	32,14%	40,20%
1982	43909	17850	11904	22001	29918	118297	128658		
		2,460	3,689	1,996	1,468	37,12%	34,13%	34,96%	45,90%
1983	44092	21826	11497	24346	30831	131613	141957		
		2,020	3,835	1,811	1,430	33,50%	31,06%	33,25%	43,33%
1984	44282	24227	10297	27811	33517	139770	151829		
		1,828	4,300	1,592	1,321	31,68%	29,17%	31,60%	41,53%
1985	43735	27071	12373	25173	38412	137962	152010		
		1,616	3,535	1,737	1,139	31,70%	28,77%	29,80%	40,36%
1986	45626	28579	15727	35394	39790	147643	160517		
		1,596	2,901	1,289	1,147	30,90%	28,42%	27,63%	36,41%
1987	58846	26161	30070	57925	33657	197119	213734		
		2,249	1,957	1,016	1,748	29,85%	27,53%	28,47%	34,01%
1988	46824	21713	33439	72727	36471	198774	216313		
		2,156	1,400	0,644	1,284	23,56%	21,65%	22,17%	26,80%
1989	49527	21592	27121	64735	57525	210310	229022		
		2,294	1,826	0,765	0,861	23,55%	21,63%	22,46%	30,39%
1990	51060	28716	25865	56027	59958	236626	263636		
		1,778	1,974	0,911	0,852	21,58%	19,37%	23,04%	31,58%
1991	47375	24735	29948	51224	55769	236522	262863		
		1,915	1,582	0,925	0,849	20,03%	18,02%	22,66%	30,91%
1992	69489	22522	27300	52937	52995	232479	262711		
		3,085	2,545	1,313	1,311	29,89%	26,45%	30,85%	40,34%
1993	59856	19354	27420	72577	54558	222448	251826		

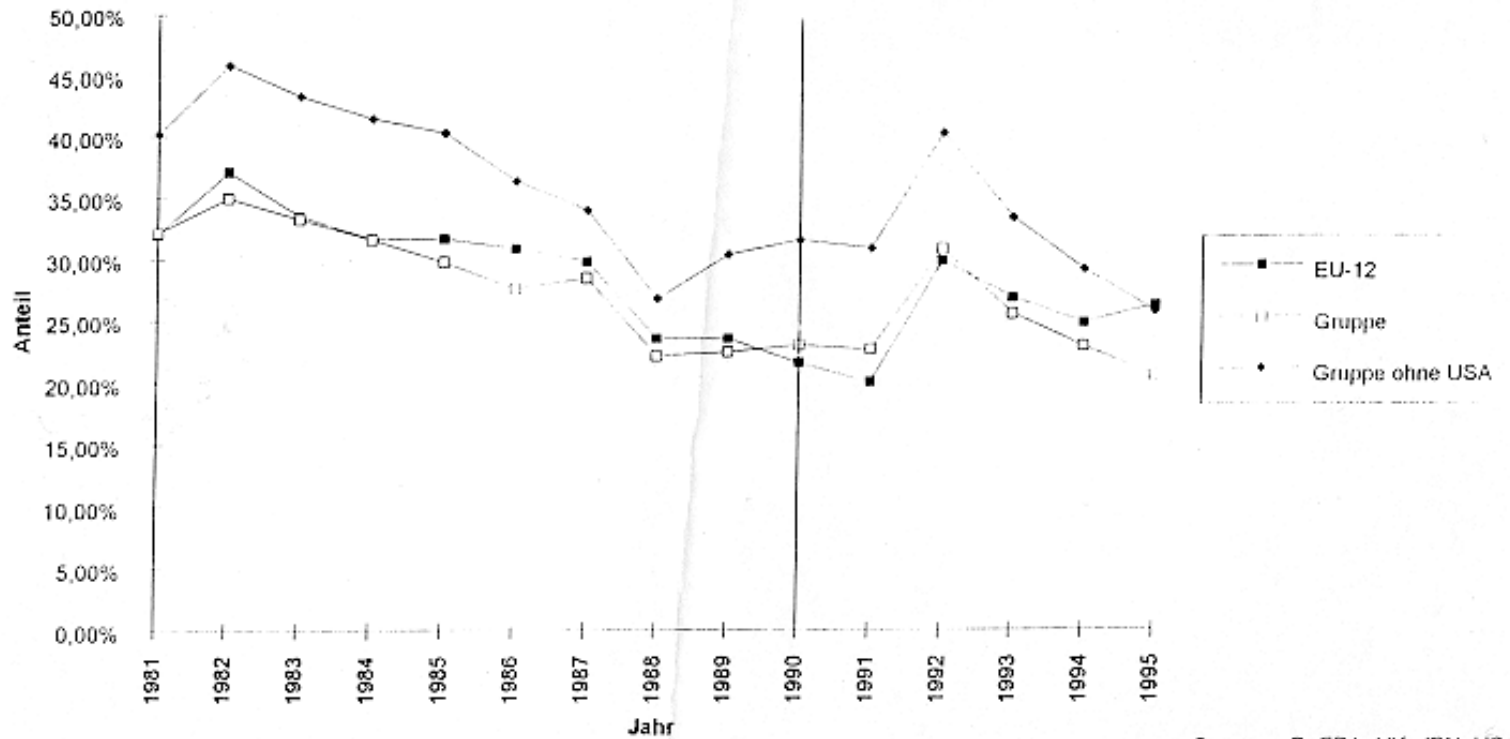
		3,093	2,183	0,825	1,097	26,91%	23,77%	25,61%	33,40%
1994	56325	20851	28739	87062	52510	226305	261985		
		2,701	1,960	0,647	1,073	24,89%	21,50%	22,94%	29,19%
1995	60517	20930	28910	124125	59467	229991	266168		
		2,891	2,093	0,488	1,018	26,31%	22,74%	20,59%	25,81%

zweite Zeile zu jedem Jahr: Verhältnis Deutschland/jeweiliges Land bzw. deutscher Anteil an Ländergruppe

Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA

Gruppe klein = Gruppe ohne USA

Deutscher Anteil an den Währungsreserven



Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA

Tabelle 4**Militärausgaben (Millionen US-\$, in Preisen von 1995)***(Quelle: US Arms Control and Disarmament Agency: World Military Expenditures and Arms Transfers 1996)*

	(BR)D	FRA	UK	JPN	USA	SU/RUS	NATO Europa	Gruppe	Gruppe ohne SU	Gruppe klein
1985	54000	48990	45850	37550	353800	379900	213400			
		1,102	1,178	1,438	0,153	0,142	25,30%	5,87%	10,00%	28,97%
1986	53660	49160	45260	39340	374900	383900	213700			
		1,092	1,186	1,364	0,143	0,140	25,11%	5,67%	9,54%	28,63%
1987	53720	50780	44570	41380	373000	392200	217600			
		1,058	1,205	1,298	0,144	0,137	24,69%	5,62%	9,53%	28,21%
1988	53150	50700	42070	43370	365900	398300	213500			
		1,048	1,263	1,226	0,145	0,133	24,89%	5,57%	9,57%	28,08%
1989	53190	51570	42480	45110	364300	363000	215200			
		1,031	1,252	1,179	0,146	0,147	24,72%	5,78%	9,56%	27,65%
1990	55790	51480	42630	46820	351900	335600	216700			
		1,084	1,309	1,192	0,159	0,166	25,75%	6,31%	10,17%	28,36%
1991	51480	51910	43780	48430	309700	287300	213600			
		0,992	1,176	1,063	0,166	0,179	24,10%	6,50%	10,19%	26,32%
1992	49260	50300	39340	49510	328200	171200	204000			
		0,979	1,252	0,995	0,150	0,288	24,15%	7,16%	9,54%	26,15%
1993	44820	49680	37790	50070	312000	131000	197500			
		0,902	1,186	0,895	0,144	0,342	22,69%	7,17%	9,07%	24,58%
1994	42050	50190	36330	50540	295300	95330	192200			
		0,838	1,157	0,832	0,142	0,441	21,88%	7,38%	8,86%	23,48%
1995	41160	47770	33400	50240	277800	76000	183900			
		0,862	1,232	0,819	0,148	0,542	22,38%	7,82%	9,14%	23,85%

*zweite Reihe zu jedem Jahr: Verhältnis Deutschland/jeweiliges Land bzw. deutscher Anteil an Ländergruppe**Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA, SU/RUS*

Gruppe klein = Gruppe ohne USA, SU/RUS

Zahlen für Sowjetunion: Schätzung auf der Basis unsicherer Daten

Zahlen für Rußland (ab 1992): grobe Schätzung

ab 1991: vereintes Deutschland

Deutscher Anteil an Militärausgaben

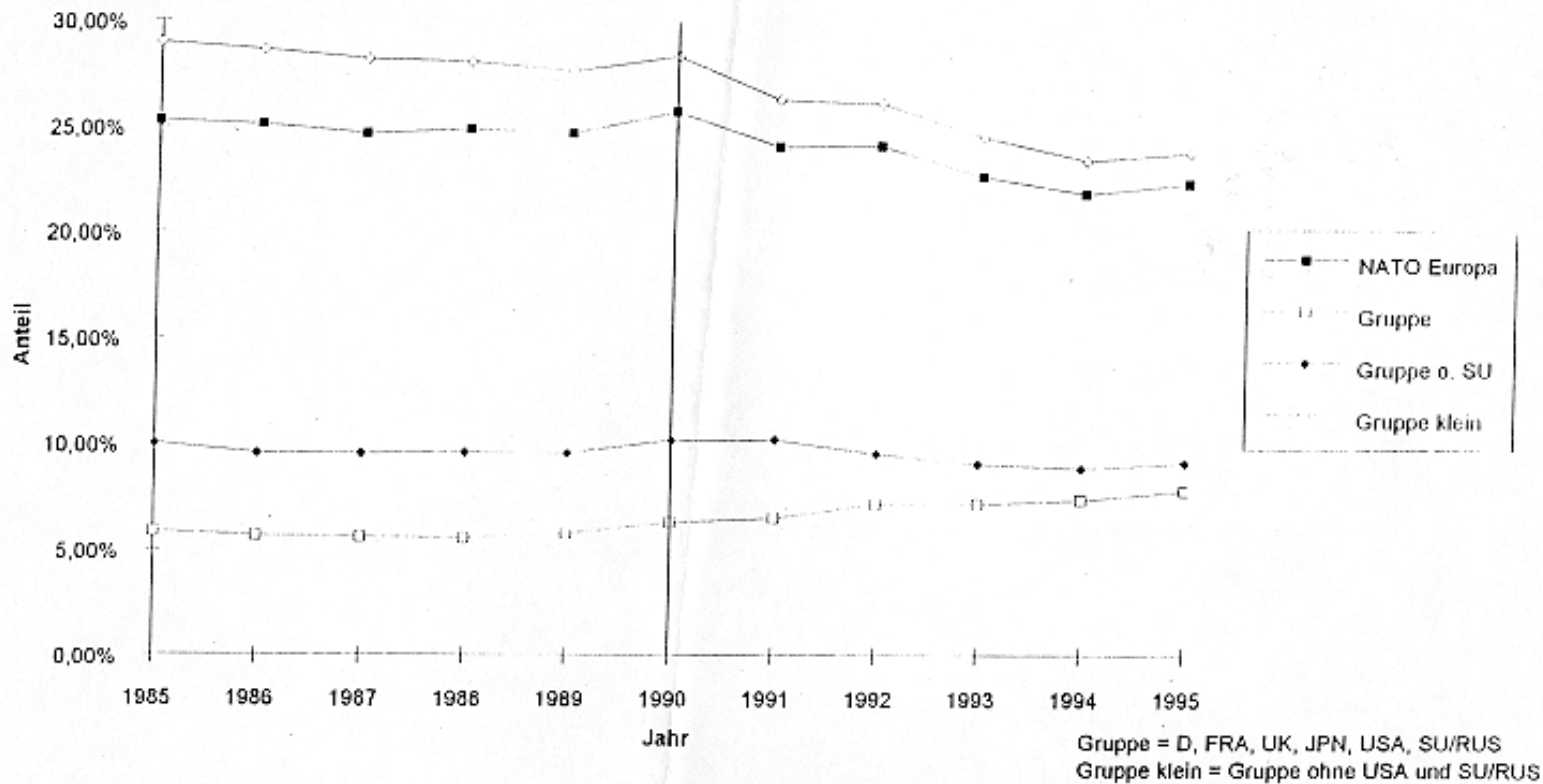


Tabelle 5

Truppenstärke (armed forces, thousands)

(Quelle: US Arms Control and Disarmament Agency: World Military Expenditures and Arms Transfers 1991-92 und 1996)

	(BR)D	FRA	UK	JPN	USA	SU/RUS	NATO Europa	Gruppe	Gruppe o. SU	Gruppe klein
1981	493	575	341	241	2101	3900	3586			
		0,857	1,446	2,046	0,235	0,126	13,75%	6,44%	13,14%	29,88%

1982	495	578	335	243	2168	3900	3629				
		0,856	1,478	2,037	0,228	0,127	13,64%	6,41%	12,96%	29,98%	
1983	496	578	333	241	2201	3900	3639				
		0,858	1,489	2,058	0,225	0,127	13,63%	6,40%	12,89%	30,10%	
1984	487	571	336	241	2222	3900	3637				
		0,853	1,449	2,021	0,219	0,125	13,39%	6,28%	12,63%	29,79%	
1985	495	563	334	241	2244	3900	3603				
		0,879	1,482	2,054	0,221	0,127	13,74%	6,36%	12,77%	30,31%	
1986	495	558	331	245	2269	3900	3670				
		0,887	1,495	2,020	0,218	0,127	13,49%	6,35%	12,70%	30,39%	
1987	495	559	328	244	2279	3900	3665				
		0,886	1,509	2,029	0,217	0,127	13,51%	6,34%	12,68%	30,44%	
1988	495	558	324	245	2246	3900	3625				
		0,887	1,528	2,020	0,220	0,127	13,66%	6,37%	12,80%	30,52%	
1989	503	554	318	247	2241	3700	3534				
		0,908	1,582	2,036	0,224	0,136	14,23%	6,65%	13,02%	31,01%	
1990	545	550	308	250	2181	3400	3509				
		0,991	1,769	2,180	0,250	0,160	15,53%	7,53%	14,21%	32,97%	
1991	457	542	301	250	2115	3000	3391				
		0,843	1,518	1,828	0,216	0,152	13,48%	6,86%	12,47%	29,48%	
1992	442	522	293	242	1919	1900	3152				
		0,847	1,509	1,826	0,230	0,233	14,02%	8,31%	12,93%	29,49%	
1993	398	506	271	242	1815	1500	3012				
		0,787	1,469	1,645	0,219	0,265	13,21%	8,41%	12,31%	28,09%	
1994	362	506	257	233	1715	1400	3105				
		0,715	1,409	1,554	0,211	0,259	11,66%	8,09%	11,78%	26,66%	
1995	352	504	233	240	1620	1400	3010				
		0,698	1,511	1,467	0,217	0,251	11,69%	8,09%	11,94%	26,49%	

Zweite Reihe zu jedem Jahr: Verhältnis Deutschland/jeweiliges Land

Gruppe klein = Gruppe ohne USA und SU/RUS

Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA, SU/RUS

ab 1991: vereintes Deutschland

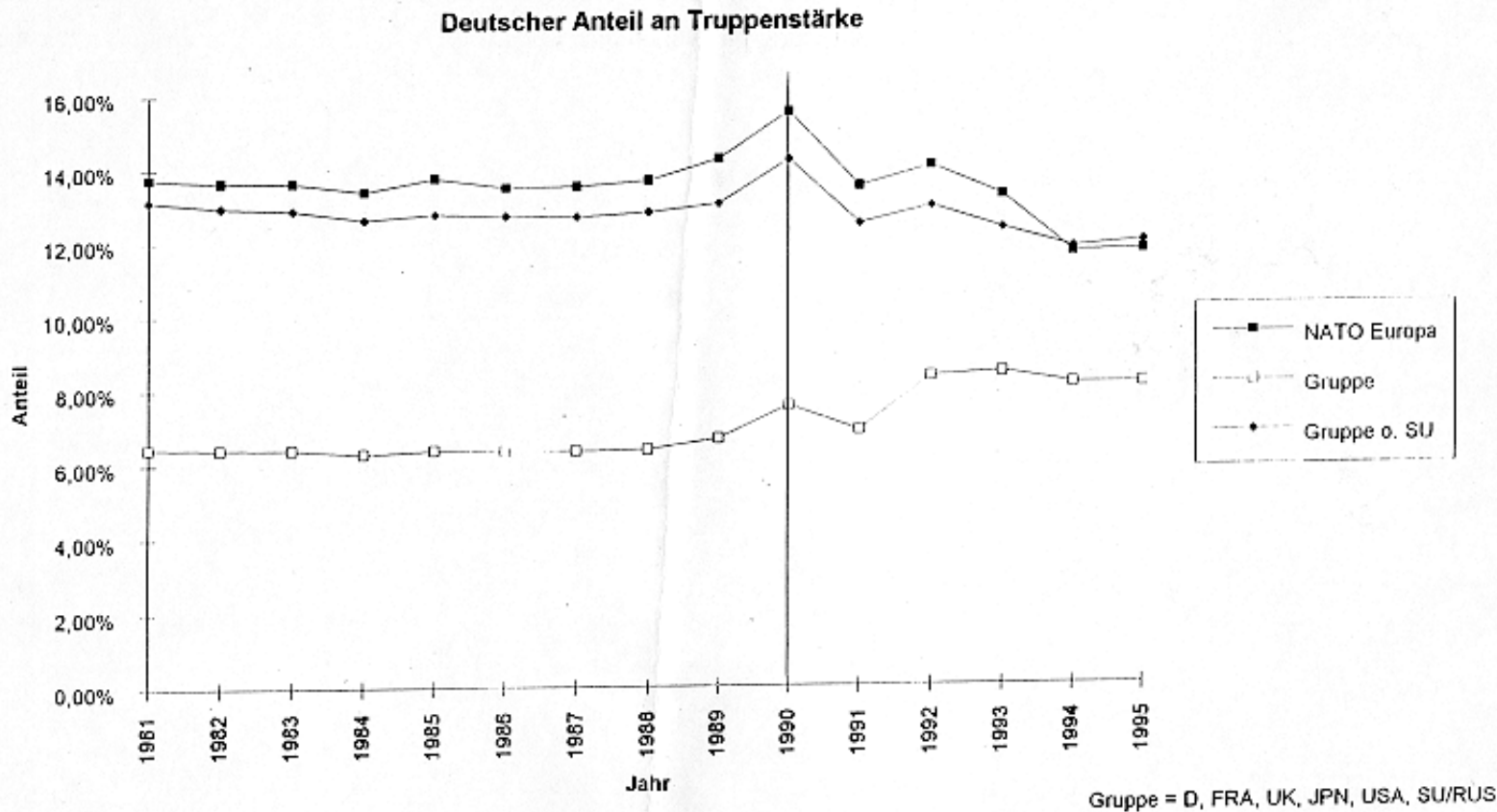


Tabelle 6

Bevölkerung (in Tausend; Schätzungen für die Jahresmitte)

(Quelle: OECD Main Economic Indicators)

	1981	1985	1989	1993
(BR)D	61682	61024	62063	81190
FRA	54182	55170	56423	57667

UK	56379	56618	57236	57830
JPN	117650	120750	123120	124670
USA	230138	239279	248781	257908
SU/RUS	272500	280144	286478	147760
EU-12	319036	321934	325781	346584
EU-15	339725	342744	346862	368359
dt. Anteil an...				
Gruppe	7,78%	7,51%	7,44%	11,17%
EU-12	19,33%	18,96%	19,05%	23,43%
EU-15	18,16%	17,80%	17,89%	22,04%

Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA, SU/RUS

SU/RUS: Zahlen sind UNO-Schätzungen für die Jahresmitte (Quelle UN: Statistical Yearbook); Wert für 1985 ist Schätzung für 1986

-

Tabelle 7

Fläche in qkm

(Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch für das Ausland 1989, 1995)

	Jb '89	Dtl./Land	Jb '95	Dtl./Land
(BR)D	248621		356974	
FRA	551500	0,451	543965	0,656
UK	244100	1,019	244100	1,462
JPN	377801	0,658	377801	0,945
USA	9372614	0,027	9363520	0,038
SU/RUS	22402200	0,011	17075400	0,021
EU-12	2261960	0,110	2362773	0,151
EU-15	3133922	0,079	3234717	0,110
dt. Anteil an...				
Gruppe		0,75%		1,28%

EU-12		10,99%		15,11%
EU-15		7,93%		11,04%

Gruppe = D, FRA, UK, JPN, USA, SU/RUS

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Literatur

- Art, Robert J. 1996: American Foreign Policy and the Fungibility of Force, in: Security Studies 5: 4, 7-42.*
- Axelrod, Robert/Keohane, Robert O. 1985: Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions, in: World Politics 38: 1, 226-54.<*
- Baldwin, David A. 1979: Power Analysis and World Politics: New Trends versus Old Tendencies, in: World Politics 31: 2, 161-94.*
- Bergner, Jeffrey T. 1991: The New Superpowers. Germany, Japan, the U.S., and the New World Order, New York, NY: St. Martin's Press.*
- Brooks, Stephen G. 1997: Dueling Realisms, in: International Organization 51: 3, 445-77.*
- Buzan, Barry 1991: People, States, and Fear, 2. Aufl., Boulder, CO: Lynne Rienner.*
- Buzan, Barry 1993: Rethinking System and Structure, in: Buzan/Jones/Little, 19-80.*
- Buzan, Barry/Jones, Charles/Little, Richard 1993: The Logic of Anarchy. Neorealism to Structural Realism, New York, NY: Columbia UP.*
- Carr, Edward H. 1939: The Twenty Years' Crisis, 1919-1939: An Introduction to the Study of International Relations, New York, NY: Harper & Row.*
- Christensen, Thomas J./Snyder, Jack 1990: Chain Gangs and Passed Bucks: Predicting Alliance Patterns in Multipolarity, in: International Organization 44: 2, 137-68.*
- Christensen, Thomas J./Snyder, Jack 1997: Progressive Research on Degenerate Alliances, in: American Political Science Review 91: 4, 919-22.*
- Elman, Colin 1996a: Horses for Courses: Why not Neorealist Theories of Foreign Policy?, in: Security Studies 6: 1, 7-53.*
- Elman, Colin 1996b: Cause, Effect, and Consistency: A Response to Kenneth Waltz, in: Security Studies 6: 1, 58-61.*
- Elman, Colin/Fendius Elman, Miriam 1997: Lakatos and Neorealism: A Reply to Vasquez, in: American Political Science Review 91: 4, 923-26.*
- Gilpin, Robert 1981: War and Change in World Politics, Cambridge: Cambridge UP.*
- Gilpin, Robert 1986: The Richness of the Tradition of Political Realism, in: Robert O. Keohane (Hrsg.): Neorealism and Its Critics, New York, NY: Columbia UP.*
- Glaser, Charles L. 1995: Realists as Optimists. Cooperation as Self-Help, in: International Security 19: 3, 50-90.*
- Grieco, Joseph M. 1988a: Anarchy and the Limits of Cooperation. A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism, in: International Organization 42: 3, 485-507.*
- Grieco, Joseph M. 1988b: Realist Theory and the Problem of International Cooperation: An Analysis with an Amended PD Model, in: Journal of Politics 50, 600-24.*
- Grieco, Joseph M. 1990: Cooperation among Nations. Europe, America, and Non-Tariff Barriers to Trade, Ithaca, NY: Cornell UP.*
- Grieco, Joseph M. 1995: The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neo-Realist Research Programme, in: Review of International Studies 21: 1, 21-40.*
- Grieco, Jospeh M. 1996: State Interests and Institutional Rule Trajectories: a Neorealist Interpretation of the Maastricht Treaty and European Economic and Monetary Union,*

in: Benjamin Frankel (Hrsg.): Realism. Restatements and Renewal, London: Frank Cass, 261-306.

Hart, Jeffrey 1976: Three Approaches to the Measurement of Power in International Relations, in: International Organization 30: 2, 289-305.

Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker 1997: Theories of International Regimes, Cambridge: Cambridge UP.

Herz, John H. 1951: Political Realism and Political Idealism, Chicago, IL: University of Chicago Press.

Jervis, Robert 1978: Cooperation under the Security Dilemma, in: World Politics 30: 2, 167-214.

Keohane, Robert O. 1986: Theory of World Politics: Structural Realism and Beyond, in: ders. (Hrsg.): Neorealism and its Critics, New York, 158-203.

Keohane, Robert O. 1989. International Institutions and State Power: Essays in International Relations Theory, Boulder, CO: Westview Press.

Kittel, Gabriele/Rittberger, Volker/Schimmelfennig, Frank 1995: Staatenmerkmale und Außenpolitik: Untersuchungsdesign und Hypothesen, in: Volker Rittberger (Hrsg.): Anpassung oder Austritt: Industriestaaten in der UNESCO-Krise. Ein Beitrag zur vergleichenden Außenpolitikforschung, Berlin: Ed. Sigma Bohn 1995, 53-82.

Krasner, Stephen D. 1982: Regimes and the Limits of Realism: Regimes as Autonomous Variables, in: International Organization 36: 2, 497-510.

Krasner, Stephen D. 1991: Global Communications and National Power: Life on the Pareto Frontier, in: World Politics 43: 3, 336-66.

Krasner, Stephen D. 1993: Power, Polarity, and the Challenge of Disintegration, in: Helga Haftendorn und Christian Tuschhoff (Hrsg.): America and Europe in an Era of Change, Boulder, CO: Westview Press, 21-42.

Layne, Christopher 1993: The Unipolar Illusion. Why New Great Powers Will Rise, in: International Security 17: 4, 5-51.

Lebow, Richard Ned 1994: The Long Peace, the End of the Cold War, and the Failure of Realism, in: International Organization 48: 1, 249-277.

Mauß, Hans W. 1997: Quo vadis, Germania? Außenpolitik in einer Welt des Wandels, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 42: 10, 1245-56.

Mearsheimer, John J. 1990: Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: International Security 15: 1, 5-56.

Mearsheimer, John J. 1995: The False Promise of International Institutions, International Security 19: 3, 5-49.

Milner, Helen 1992: International Theories of Cooperation among Nations: Strengths and Weaknesses, in: World Politics 44: 3, 466-96.

Morgenthau, Hans J. 1948: Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace, New York, NY: Knopf.

Nye, Joseph S. 1990: Bound to Lead. The Changing Nature of American Power, New York, NY: Basic Books.

Rittberger, Volker/Mogler, Martin/Zangl, Bernhard 1997: Vereinte Nationen und Weltordnung. Zivilisierung der internationalen Politik?, Opladen: Leske+Budrich.

Rittberger, Volker/Schimmelfennig, Frank 1997: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung: Realistische Prognosen auf dem Prüfstand. Ein Tübinger Projekt (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 28), Tübingen.

Schweller, Randall L. 1994: Bandwagoning for Profit: Bringing the Revisionist State Back In, in: International Security 19: 1, 72-107.

Schweller, Randall L. 1996: Neorealism's Status-Quo Bias: What Security Dilemma?, in: Benjamin Frankel (Hrsg.): Realism. Restatements and Renewal, London: Frank Cass, 90-121.

Schweller, Randall L. 1997: New Realist Research on Alliances: Refining, not Refuting, Waltz's Balancing Proposition, in: American Political Science Review 91: 4, 927-30.

Schweller, Randall L./Priess, David 1997: A Tale of Two Realisms: Expanding the Institutions Debate, in: Mershon International Studies Review 41, 1-32.

Snidal, Duncan 1985: The Limits of Hegemonic Stability Theory, in: International Organization 39: 4, 579-614.

Snidal, Duncan 1991: International Cooperation among Relative- Gains Maximizers, in: International Studies Quarterly 35: 4, 387-402.

Snyder, Glenn H. 1996: Process Variables in Neorealist Theory, in: Benjamin Frankel (Hrsg.): Realism. Restatements and Renewal, London: Frank Cass, 167-92.

Snyder, Jack 1991: *Myths of Empire. Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca, NY: Cornell UP.

Spiro, Michael 1996: *A House Divided. Tragedy and Evil in Realist Theory*, in: Benjamin Frankel (Hrsg.): *Realism. Restatements and Renewal*, London: Frank Cass, 385-423.

Vasquez, John A. 1997: *The Realist Paradigm and Degenerative versus Progressive Research Programs: An Appraisal of Neotraditional Research on Waltz's Balancing Proposition*, in: *American Political Science Review* 91: 4, 899-912.

Walt, Stephen M. 1987: *The Origins of Alliances*, Ithaca, NY: Cornell UP.

Walt, Stephen M. 1997: *The Progressive Power of Realism*, in: *American Political Science Review* 91: 4, 931-35.

Waltz, Kenneth N. 1979: *Theory of International Politics*, New York: Random House.

Waltz, Kenneth N. 1981: *The Spread of Nuclear Weapons: More May Be Better*. Adelphi Paper 171, London: International Institute of Strategic Studies.

Waltz, Kenneth N. 1986: *Reflections on 'Theory of International Politics': A Response to my Critics*, in: Robert O. Keohane (Hrsg.). *Neorealism and its Critics*, New York, 322-45.

Waltz, Kenneth N. 1993: *The Emerging Structure of International Politics*, in: *International Security* 18: 2, 44-79.

Waltz, Kenneth N. 1996: *International Politics Is not Foreign Policy*, in: *Security Studies* 6: 1, 54-57.

Waltz, Kenneth N. 1997: *Evaluating Theories*, in: *American Political Science Review* 91: 4, 913-17.

Weber, Steve 1990: *Realism, Deterrence and Nuclear Weapons*, in: *International Organization* 44: 1, 55-83.

Zakaria, Fareed 1992: *Realism and Domestic Politics. A Review Essay*, in: *International Security* 17: 1, 177-98.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Fußnoten

Fußnote 1

Dieses Papier entstand im Kontext des DFG-Projekts "Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung" (vgl. Rittberger/Schimmelfennig 1997). Besonderer Dank gebührt daher unseren Kollegen Derk Bienen, Henning Boekle, Corinna Freund, Daria Nashat und Dirk Peters. Für wertvolle Hinweise zu früheren Versionen dieses Papiers danken die Autoren außerdem Sebastian Bartsch, Helmut Breitmeier, Andreas Hasenclever, Gunther Hellmann, Peter Mayer, Martin Mogler, Peter Moser, Thomas Nielebock, Frank Schimmelfennig, Hans Peter Schmitz und Bernhard Zangl.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 2

Beispiele hierfür sind Christensen/Snyder 1990 und Grieco 1995.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 3

Einen abweichenden Standpunkt vertritt Lebow (1994: 273f.), der dem Neorealismus einen evolutionären Selektionsmechanismus unterstellt. Dagegen unterstreicht Elman, daß Waltz letztlich mit einer Rationalitätsannahme arbeitet, obwohl er einräumt: "... in much of his work it is unclear whether Waltz is relying on rationality, evolutionary selection or socialization" (Elman 1996a: 43). Keohane (1989: 160) schreibt Realisten wie Neorealisten sogar die Annahme substantieller Rationalität im Sinne Herbert Simons zu, und für Grieco gehört die Annahme der substantiellen und instrumentellen Rationalität von Staaten zum harten Kern des neorealistischen Forschungsprogramms (Grieco 1995: 27).

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 4

Für viele Vertreter des klassischen Realismus liegt das staatliche Machtstreben in der menschlichen Natur begründet (vgl. Morgenthau 1948: 49). Wir folgen hingegen dem strukturtheoretischen Neorealismus, der Machtstreben auf die anarchische Struktur des internationalen Systems zurückführt.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 5

Wäre das Gut "Sicherheit" im internationalen System reichlich vorhanden, könnte das Verhalten des Staates stärker auf den Erhalt anderer Güter ausgerichtet sein, ohne daß "Sicherheit" damit für ihn an Bedeutung verloren hätte.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 6

Zu den drei Möglichkeiten der Konzeptualisierung und Messung von Macht vgl. Hart 1976.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 7

Zu denken ist hier an Bereiche der sogenannten low politics wie beispielsweise die Entwicklungshilfe- und die Umweltaußenpolitik.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 8

Gilpin wird jedoch oft auch als offensiver Realist betrachtet.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 9

Das Sicherheitsdilemma kann sich allerdings auch zwischen defensiv ausgerichteten Staaten entwickeln, nämlich dann, wenn bei Staaten Unsicherheit über die Intentionen der anderen Staaten herrscht. Deshalb bleibt eine, allerdings wenig überzeugende Möglichkeit einer defensiv-neorealistischen Theorie, die die Erwartung des Sicherheitsdilemmas generieren kann und ohne zusätzliche, z.B. innerstaatliche, Variablen auskommt: Sie muß davon ausgehen, daß Staaten als rationale Akteure bei anderen Staaten aggressive Intentionen vermuten, obwohl es diese nach den Annahmen der Theorie nicht geben kann.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 10

Einen Schritt in diese Richtung macht Schweller (1994; 1996), der die bei Carr (1939) und Morgenthau (1948) gebräuchliche Unterscheidung von Status-quo-Staaten und revisionistischen Staaten aufnimmt; vgl. auch Buzan (1991: 298-303). Schweller kann allerdings keine klaren Kriterien dafür angeben, wann ein Staat revisionistisch und wann er status-quo-orientiert ist.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 11

Bemerkenswerterweise geht auch Grieco, von dem der Terminus "defensive positionalist" stammt, in seiner Modellierung der staatlichen Nutzenfunktion bei internationaler Kooperation davon aus, daß der Nutzen mit steigenden relativen Gewinnen steigt (vgl. Grieco 1988b: 607-09): $U = V - k(W-V)$, wobei V := player's payoff, W := other player's payoff, k := player's sensitivity for gaps in gains. Ein rationaler Akteur mit dieser Nutzenfunktion strebt nach relativen Gewinnen, nicht nur nach der Vermeidung relativer Verluste.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 12

Für Neorealisten kann das internationale System auch unipolar sein (vgl. Layne 1993), doch gilt Unipolarität als in sich so instabil, daß sie lediglich als Durchgangsstadium zu einem bi- oder multipolaren System verstanden wird. Die wichtigste Unterscheidung für Neorealisten ist daher die Dichotomie 'Bipolarität/Nicht-Bipolarität', wobei Nicht-Bipolarität in der Regel ein multipolares System, in Ausnahmefällen ein unipolares Übergangssystem ist.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 13

Ein Beispiel hierfür ist Mearsheimers These, der hohe Grad an Integration in der EG könne neorealistisch mit der sowjetischen Bedrohung und der Schutzfunktion der USA erklärt werden (Mearsheimer 1990: 46-48). Dies mag Kooperation zwischen den europäischen US-Verbündeten erklären, keineswegs jedoch die Schaffung supranationaler Institutionen.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 14

Als Ausnahmefall ist hier denkbar, daß ein sehr mächtiger Staat aus einer internationalen Organisation, deren Entscheidungen nur für Mitglieder bindend sind, austritt, die verbleibenden Mitglieder jedoch ein starkes Interesse an einem Wiedereintritt dieses Staates haben. In einem solchen Fall ist es möglich, daß der Staat erfolgreich Bedingungen für seinen Wiedereintritt stellen und das Verhalten der verbleibenden Mitglieder somit nach wie vor beeinflussen kann.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 15

Autonomie- und Einflußgewinne müssen nicht gegenüber demselben Adressaten erzielt werden. So werden im vorliegenden Beispiel Autonomiegewinne gegenüber anderen Geberstaaten und Einflußgewinne gegenüber den Empfängerstaaten verzeichnet.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 16

Buzan ist insgesamt eher der Englischen Schule als dem Neorealismus zuzuordnen, hat aber, zusammen mit Jones und Little, den Versuch einer Überarbeitung der Theorie von Waltz unternommen (Buzan et al. 1993).

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 17

Die These von der pazifizierenden Wirkung von Nuklearwaffen im inter- nationalen System (vgl. Weber 1990) wird sogar von einem traditionellen Neorealisten wie Waltz unterstützt (Waltz 1981).

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 18

Freilich kann Grieco nicht prognostizieren, unter welchen Bedingungen ein Staat balancing und wann er voice- opportunities seeking präferiert (vgl. Grieco 1995: 40). Dazu bedürfte es einer Spezifizierung der oben angesprochenen Variablen.

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 19

Aus diesem Grund schätzt Vasquez den Neorealismus als degeneratives Forschungsprogramm ein (vgl. Vasquez (1997) und die Repliken von Waltz, Christensen/Snyder, Elman/Elman, Schweller und Walt).

[Zurück zum Text](#)

Fußnote 20

Für die Indikatoren "Bruttosozialprodukt" und "Militärausgaben" liegen vergleichbare inflationsbereinigte Daten für alle Staaten der Auswahlgruppe nur für die Zeitspanne von 1985 .

[Zurück zum Text](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Address of the Authors:

Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung

Institut für Politikwissenschaft

Universität Tübingen

Melanchthonstraße 36

D - 72074 Tübingen

WWW: volker.rittberger@uni-tuebingen.de